

I. Rahmungen

Ethnografische Zugänge – theoretische Bezüge

1. ERSTE EINSICHTEN: AUF DER SUCHE NACH DER KONFLIKTPRÄVENTION

Welche Relevanz besitzt der beschriebene diskursive Wandel für das Selbstverständnis und die Arbeitspraxis innerhalb des kulturpolitischen Akteursfeldes? Diese Frage markierte den Beginn der empirischen Arbeit für diese Studie und führte mich zu den Orten, an denen Auswärtige Kulturpolitik konzipiert, debattiert und umgesetzt wird: Ich nahm an Diskussionsveranstaltungen in Berlin teil, analysierte Materialien der Selbstdarstellung des Politikbereichs und traf mich mit Mitarbeiterinnen des Auswärtigen Amtes oder von Mittlerorganisationen zu ersten Gesprächen. Meine Fragen nach den Möglichkeiten einer konfliktpräventiven Auswärtigen Kulturpolitik riefen hier teils interessierte, mitunter aber auch reservierte oder sogar ablehnende Reaktionen hervor. Für meinen weiteren Forschungsverlauf ließen sich aus diesen frühen Beobachtungen zumindest zwei Schlussfolgerungen ziehen: Zum einen besaß *Konfliktprävention* für meine Gesprächspartner offenbar nicht die herausgehobene Bedeutung oder Dringlichkeit, die sich etwa auf der Stuttgarter Konferenz anzudeuten schien; zum anderen führten meine Fragen nicht zu allseits geteilten, eindeutigen Verständnisweisen, sondern eher zu unterschiedlichen Übersetzungsversuchen und Verknüpfungen mit etablierteren Zielvorstellungen. Meine »Suche nach der Konfliktprävention« stieß somit auf ein *plurivokales Feld*, in dem Begriffe, Bedeutungen und Arbeitsweisen in Bewegung geraten waren. Ich möchte nun anhand von sechs Positionen, die solche Reaktionen zu Beginn meiner Forschung prägnant zusammenfassen, die Perspektive auf dieses Akteursfeld, seine Dynamiken, Reibungen und Vielstimmigkeit eröffnen, um auf dieser Basis in den folgenden Abschnitten die konzeptionellen Grundlagen und methodischen Vorgehensweisen dieser Studie vorzustellen.

»Wir stochern ziemlich im Nebel«, äußert der Generalsekretär einer deutschen Mittlerorganisation, als ich ihn zu Beginn meiner Forschung nach der Rolle der neuen Zielsetzung *Konfliktprävention* frage. Er zielt hierbei primär auf die Evaluierbarkeit der Wirkung einzelner Maßnahmen: »Es lässt sich nicht mit Gewissheit sagen, welche Instrumente im Hinblick auf die Krisenintervention erfolgreich sind.«

Er reagiert somit ähnlich auf mein Forschungsvorhaben wie eine Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes wenige Wochen zuvor. Am Rande einer Veranstaltung in Berlin sagt sie: »Man kann es nicht überprüfen. Man müsste ja beweisen, dass ›etwas¹‹ nicht stattgefunden hätte aufgrund unserer Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten...« Beide formulieren entsprechend auch ein Interesse an den Ergebnissen meiner Forschung – in den Worten des Generalsekretärs: »Es wäre schon hilfreich, wenn wir wüssten, welche Maßnahmen welche Erfolge bringen. Auch dem Geldgeber gegenüber.«

In beiden Gesprächen begegne ich also einer ähnlichen Verbindung aus Interesse und Unsicherheit: *Konfliktprävention* gilt meinen Gesprächspartnern als eine relevante Zielsetzung; gleichzeitig wird deutlich, dass die deutsche Auswärtige Kulturpolitik hier ein ungesichertes Terrain betritt. *Konfliktprävention* gehört nicht zum fraglosen Kanon des Politikbereichs, sondern muss interpretiert, übersetzt und eingepasst werden. Ebenso zeigt sich, dass sich die Bedeutung dieser Zielsetzung aus ihren erhofften Effekten ergibt. Der Wunsch meiner Gesprächspartner, eine größere »Klarheit zu erzielen« – also einzelne Maßnahmen und ihre (politischen) Wirkungen eindeutig aufeinander beziehen zu können – wird vor diesem Hintergrund umso deutlicher sichtbar.

Im weiteren Gesprächsverlauf kommt der Generalsekretär zu einer Einschätzung, die mir im Vergleich zu dem Eingangs-Statement etwas widersprüchlich erscheint: Er evaluiert die Aktivitäten und Interventionen der »internationalen Gemeinschaft auf dem Balkan« positiv: »Ohne die ganzen Maßnahmen würde es da doch wieder knallen.« Am Ende des Gesprächs bleibt eine Spannung zwischen dem eingestandenen nebulösen Wissen über die möglichen und tatsächlich erzielten Effekte, dem Wunsch nach evaluier- und beweisbaren Kausalitäten sowie einem intuitiven Glauben an die Wirksamkeit der kulturpolitischen Maßnahmen in konkreten Konfliktgebieten.

»Konfliktprävention ist zur Raison d'Être der Auswärtigen Kulturpolitik geworden«, beschreibt ein leitender Beamter des Auswärtigen Amtes die Weiterentwicklung des Politikbereichs seit den späten 1990er Jahren: »Wir gehen bewusst in Konfliktregionen.« Dieser Einstieg überrascht mich – als ich ihn einige Wochen vorher zur Vorbereitung meiner Feldforschungen in Ramallah um ein Gespräch gebeten hatte, reagierte er ernüchtert: »Ach, die Konfliktprävention hat ja inzwischen nicht mehr so die Konjunktur.«

Bei unserem Treffen begegnet mir die Perspektive des Geldgebers und zugleich der zentralen Steuerungsinstanz des weltumspannenden Netzwerkes aus Instituten,

1 | Also ein gewalttätiger Konflikt oder eine Krise.

Büros, Austauschprogrammen und Projekten, das durch die Förderung der Bundesregierung entstanden ist – eine Perspektive, die nach Effizienz und Wirkung der kulturpolitischen Aktivitäten schaut, insbesondere aber auch die Frage fokussiert, wie sich Handlungsspielräume für die deutsche Außenpolitik öffnen oder vergrößern lassen. Mein Gesprächspartner verweist auf die »schwierige Anfangsphase von Rotgrün« als Entstehungskontext der Zielsetzung *Konfliktprävention*: die Frage der Intervention im Kosovo, die Anschläge vom 11. September, Afghanistan, Irak – da kam die Frage auf: »Was kann man mit den Mitteln der Kultur hier erreichen?« Deutlich wird die Hoffnung auf – oder das Vertrauen in – »Kultur«, die er in unterschiedlichen Äußerungen darstellt: »Kultur setzt da ein, wo Politik nicht mehr funktioniert«; oder »Kultur macht Dinge möglich, die politisch nicht laufen«; oder »Kultur kann da wirken, wo die Politik Mauern baut«. Im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation in meinen Forschungsregionen sagt er: »Hätten wir die Kultur in Dayton oder Oslo dabei gehabt, dann wäre es vielleicht anders ausgegangen.« Hier begegne ich also einem Diskursfeld, in dem entlang der neuen Zielsetzung auch die Beziehung zwischen »Politik« und »Kultur« in ihren unterschiedlichen Dimensionen für die deutsche Außenpolitik neu ausgelotet werden.

Mein Gesprächspartner belässt es aber nicht bei Grundsätzlichkeiten, sondern verweist auf praktische Suchbewegungen im Auswärtigen Amt: Er spricht von »Laboratorien« zur Entwicklung neuer »Querverbindungen« und »thematischer Überschneidungen«; er nennt Tagungen, auf denen sie mit neuen Themen experimentieren; er spricht von innovativen Ideen, die junge Mitarbeiterinnen verfolgen und von der Notwendigkeit des Ausprobierens neuer Gedankengänge, die mitunter auch im Nichts verlaufen. Deutlich wird die Suche nach neuen Formaten und inhaltlichen Verknüpfungen, um komplexe politische Problemstellungen im Modus der »Kultur« anders zu denken und zur Sprache zu bringen.

»Dialog führen und gleichzeitig missionieren wollen, ist ein Widerspruch, da will ich Sie drauf hinweisen«, erklärt mir eine Diplomatin mit Blick auf das kulturpolitische Handlungsfeld *Dialog mit der islamischen Welt*, das als Folge der Anschläge von New York auf-, bzw. ausgebaut wurde und auf die Forderung »aus der Politik« reagierte, »Maßnahmen zu entwickeln, die visibel sind«. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Handlungszwänge, denen das Auswärtige Amt – anders als ein wissenschaftliches Forschungsprojekt – unterliege: Man müsse schnell auf die jeweilige Weltlage reagieren und die Öffentlichkeit erwarte dies auch.

In diesem Gespräch beeindruckt mich das Ringen um einen Ausgangspunkt, die Suche nach einer angemessenen Sprechposition für diesen Dialog – eine Suche, die durch eine grundlegende Spannung geprägt ist: »Man kann nicht von einem Dialog sprechen, wenn die eine Seite von ihrer Überlegenheit überzeugt ist und der anderen Seite den eigenen Weg absprechen möchte.«

Kulturpolitischen Herangehensweisen oder Fördermaßnahmen westlicher Akteure in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens – so wird deutlich – ist häufig eine implizite Problematisierung des »Islams« oder eine Rückständigkeitsvermutung eingeschrieben: Verweise auf eine *Modernisierungskrise der islamischen Welt*, *fehlende Demokratie*, eine *ausgebliebene Säkularisierung als Voraussetzung für Demokratisierung*, die *Unterdrückung der Frau* oder die *Gewaltbereitschaft* konstituieren die Ausgangspunkte vieler Dialogprogramme und führen in einer gewissen Eigenlogik zur Übernahme einer missionarischen Rolle westlicher Akteure – eine Position, die meine Gesprächspartnerin als hierarchisierend und wenig zielführend erkennt: Sie spricht von »Übersetzungsfehlern«, die entstehen, wenn »wir einen Bedarf, den wir empfinden, in die andere Seite hineinprojizieren«. Gleichzeitig hält sie es für unverzichtbar, im Rahmen solcher Dialogprogramme einen »festen Standpunkt« zu definieren und zu vertreten: »Man kann einen solchen Dialog nicht von einem wackligen Boot aus führen. Man braucht einen festen Boden.« – Demokratie etwa, Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit seien mögliche Ausgangspunkte. Aber befinden wir uns dann nicht wieder genau in der Sprechposition, von der sie sich zu Beginn unseres Gesprächs abgrenzen wollte, frage ich mich: Fest verankert in den eigenen Grundbegriffen, aber nicht hierarchisierend oder missionarisch – ist das machbar? Auch im Rahmen dieser Begegnung werden laborähnliche Arbeitsformen deutlich: das Bestreben, unterschiedliche Wissenstypen und Erfahrungen zu kombinieren, neue Zugänge zu finden, Vorzeigeprojekte zu konstruieren, kreativ zu sein und – eine angemessene eigene Sprechposition für den angestrebten Dialog zu definieren.

»Der Begriff »Konfliktprävention« ist natürlich so breit, da kann man letztlich vieles oder alles drunter fassen«, erklärt mir eine deutsche Diplomatin in Ramallah, »und unser Ansatz, hier in Schulen eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit zu unterstützen, hat meines Erachtens auch mit Konfliktprävention zu tun.«

Die genaue Bedeutung der Zielsetzung *Konfliktprävention* für das Einsatzgebiet Palästinensische Gebiete – so zeigt mir dieses Gespräch – bleibt selbst Vertreterinnen des Auswärtigen Amtes eher unklar. Verständnisweisen und praktische Konsequenzen werden kaum durch die Zentrale vorgegeben, sondern müssen vor Ort entwickelt und ausgehandelt werden. Entsprechend ergeben sich für Diplomaten – und umso mehr für die entsandten Kulturmittler – Deutungs- und Handlungsspielräume, um eine solche Zielsetzung in die eigene Arbeitspraxis zu übersetzen. Bildungsprojekte stellen eine Möglichkeit dar, die offenbar sowohl in Berlin als auch in der deutschen Auslandsvertretung als plausibel erachtet wird; andere Übersetzungen wären denkbar. Die Beziehung zwischen politischen Zielen und lokalen Aktivitäten wird dabei laut meiner Gesprächspartnerin im Arbeitsalltag oft eher von der Praxis her gedacht: Es passiert demnach häufiger, dass man Projekte, die vor Ort entstehen, einer Zielsetzung zuordnet, als dass sie von vorneherein als eine systematische Umsetzung politischer Formulierungen angelegt und entwickelt würden.

Gleichzeitig zeigt sich eine gewisse Unsicherheit, ob die gewählte Übersetzung tatsächlich »richtig« oder evaluierbar ist. Auf meine Frage, warum gerade Bildungsprojekte einen Beitrag zur *Konfliktprävention* darstellten, antwortet meine Gesprächspartnerin: »Also, einfach um Perspektiven zu geben, um den Leuten klar zu machen, wir bieten euch eine gute Bildung an und mit guter Bildung habt ihr euer Leben doch weitaus besser in der Hand und könnt vielleicht was erreichen, ohne euren Frust in Gewaltentladungen ausdrücken zu müssen. Ich weiß nicht, ob das soziologisch stimmt: Je besser man ausgebildet ist, desto weniger neigt man zu Gewalt. Vermutlich nicht (lachen). [...] Also, ja Bildung ist eine Art und Weise von ›empowering‹, die vielleicht mittelfristig oder ganz mittelbar dazu führt, dass Konflikte abgebaut werden.«

Im Hinblick auf die Frage nach der Übersetzung von *Konfliktprävention* erscheint mir hier die direkte Verknüpfung dieser Zielsetzung mit individuellen Lebenslagen und -entwürfen relevant: Offenbar sind es eher – potenziell gewalttätige – Individuen als gewaltdurchzogene politische Konstellationen, auf die man hofft, durch »Kultur« einwirken zu können.

»Das ist nicht der primäre Auftrag des Goethe-Instituts, dass man wirklich so Konfliktpräventionssachen, so Kulturentwicklungssachen macht, also diese ganzen Sachen, die wirklich Bedeutung haben für eine Postkonfliktgesellschaft«, sagt mir ein bosnischer Mitarbeiter des Goethe-Instituts in Sarajevo. Die Effekte, die durch die Präsenzen und Aktivitäten deutscher Kulturmittler in Bosnien-Herzegowina möglicherweise erzielt werden können, schätzt er entsprechend nüchtern ein: »Das Land ist so kompliziert, diese ganzen Strukturen, Verhältnisse... Da kann ein Goethe-Institut einfach nicht viel machen, also mit den Kapazitäten, die es hat. Also da kann man so ein paar Sachen anreißen, aber nicht wirklich bewegen. Also diese Ideale braucht man auch nicht zu haben, meiner Ansicht nach.« Hinzu kommt der andere Primärauftrag des Goethe-Instituts, den er folgendermaßen benennt: »deutsche Ideale oder deutsche Kultur – in welcher Form auch immer – sozusagen in das jeweilige Land zu bringen und zu präsentieren«.

Zu dieser inhaltlichen Distanzierung und den strukturellen Schwierigkeiten tritt eine ganze Reihe von praktischen Gründen, warum man von einem Goethe-Institut »auf keinen Fall« erwarten könne, »dass es noch dazu Konfliktprävention macht. Das geht einfach nicht! Dann musst du ein Institut mit 50 Mitarbeitern in jedem Land schaffen! Was will man denn mit sechs Mitarbeitern, die inhaltlich arbeiten? Mit den kleinen mickrigen Budgets? Das geht einfach nicht! Das Goethe-Institut hat auch inhaltlich nicht die Kenntnisse. Das Goethe-Institut hat die Strukturen nicht. Das Goethe-Institut hat auch nicht die politische Stärke, so was zu machen. Und wie soll man das, wie soll man auch durch Kultur Konfliktprävention machen?«

In dieser umfassenden Abgrenzung verweist mein Gesprächspartner also erstens auf ein *Spannungsverhältnis in dem institutionellen Selbstverständnis* zwischen

eigentlichem Kernauftrag und der Zielsetzung *Konfliktprävention*; er betont zweitens die gesellschaftliche und politische *Komplexität einer Postkonfliktgesellschaft* sowie drittens die *mangelhafte Ausstattung* eines deutschen Kulturinstitutes – mit Mitarbeiterinnen, Ressourcen, Kompetenzen, politischem Einfluss –, um ernsthaft konfliktpräventive Effekte erzielen zu können; und viertens bereitet es ihm Schwierigkeiten, *sich konzeptionell eine Konfliktprävention durch Kultur vorstellen zu können* – dieser letzte Aspekt relativiert sich im Laufe unseres Gesprächs als er, ähnlich wie andere Kulturmittler auch, dennoch konkrete Projekte und Programme seines Instituts benennt, die vielleicht doch zur Konfliktbearbeitung und zur »Entwicklungsarbeit im Kulturbereich« beitragen könnten.

»Ihre Frage ist eigentlich falsch gestellt«, antwortet mir die Leiterin des Goethe-Instituts in Sarajevo als ich sie frage, ob sich ein bestimmtes Projekt der Zielsetzung *Konfliktprävention* zuordnen lassen und sich daher für meine ethnografischen Beobachtungen eignen könnte. Aus Perspektive des Auswärtigen Amtes – so fährt sie fort – mache es vielleicht Sinn, das Goethe-Institut als ein Instrument der *Konfliktprävention* zu betrachten, aber ihre Perspektive sei eine andere: »Man kann die Arbeit des Goethe-Instituts nicht daran messen, ob sie Konflikte verhindert.«

Eine ähnliche Haltung nimmt ihr Kollege in Tel Aviv ein. Auf meine Frage »Was wäre aus Ihrer Perspektive eine sinnvolle Übersetzung der Zielsetzung *Konfliktprävention durch Wertedialog*?« antwortet er: »Ich habe mir über diese Zielsetzung noch nie wirklich Gedanken gemacht, muss ich Ihnen sagen. Nein, ich finde das deutlich zu hoch gestochen. Wir arbeiten im Kleinen. Also ich möchte an der Basis arbeiten. Und dass ich damit potenziell Konfliktprävention betreiben kann, will ich mal akzeptieren. Aber ich kann nicht sagen- Das ist einfach viel zu viel. Das kann das Auswärtige Amt sagen. Die müssen das sagen. Und die wollen das auch. Wenn ich mir das aber als Leitmotiv setze, kann ich nur scheitern. Das ist viel zu sehr zielorientiert, oder zielfixiert und nicht prozessorientiert. Ich denke, diese Prozesse, die wir versuchen in Gang zu setzen, tun sicher im Endeffekt genau das: Räume schaffen, geschützte Räume und offene Plattformen schaffen. Nichts anderes.«

Meine Fragen – so wird hier deutlich – gingen mitunter von einer direkten Beziehung zwischen den politischen Zielsetzungen und dem Arbeitsalltag von Kulturmittlern aus, die für meine Gesprächspartner in dieser Form nicht gegeben war. Häufig reagierten sie mit einer doppelten Positionierung: Eine fast impulshafte Abwehr gegen die zu *zielorientierte politische Formel* wurde kombiniert mit Verweisen auf die *eigene konkrete Arbeit an der Basis*, die sie – zumindest mittelbar – doch mit dieser Zielsetzung in Verbindung bringen konnten: Projekte, Prozesse, Räume, Plattformen, die in Ramallah, Sarajevo, Jerusalem oder Tel Aviv gewissermaßen zwangsläufig im Kontext eines Konflikts operieren, an diese spezifische Konstellation auf unterschiedliche Weise anknüpfen und hierdurch eventuell eine intuitiv spürbare, aber nicht eindeutig messbare Wirkung erzielen.

Diese sechs Positionen verdeutlichen nicht nur unterschiedliche Haltungen und Erfahrungen innerhalb eines vielstimmigen Akteursfeldes, sondern sie führen zu Fragen nach Machtrelationen und der Verteilung von Ressourcen, nach den inhaltlichen Verknüpfungen neuer politischer Schlüsselbegriffe und den möglichen Effekten einzelner kulturpolitischer Maßnahmen, nach der Ausgestaltung einer translokalen Wissensarbeit und generell nach den Beziehungen zwischen Zielsetzungen und Arbeitspraxis in einem institutionell und lokal weit verzweigten Politikbereich. Diese Fragen, die das gesamte Buch durchziehen, lassen sich mit dem theoretischen und methodischen Instrumentarium einer *Anthropology of Policy* bearbeiten. Entsprechend wird dieser Ansatz und seine Relevanz für diese Studie im folgenden Abschnitt diskutiert.

2. KONZEPTIONELLE GRUNDLAGEN: POLITIKEN ALS ANTHROPOLOGISCHE FORSCHUNGSFELDER

Dieses Buch ist als Beitrag zu einer Anthropologie des Politischen angelegt. Denn im Zentrum stehen hier die Beobachtung und Analyse der Dynamiken, Relationen und Effekte, die durch eine spezifische Politik² hervorgerufen werden. Aber wie lässt sich ein Interesse an *Auswärtiger Kulturpolitik als Konfliktprävention* in ein explizit anthropologisches Forschungsprogramm überführen? Die Überlegungen zu einer *Anthropology of Policy* stellen hierzu den zentralen Bezugsrahmen dar. In diesem Ansatz geht es nicht alleine um die Anerkennung, dass »Kultur« immer auch eine politische Dimension besitzt oder um die Reflektion der politischen Implikationen anthropologischer Studien und Begrifflichkeiten, sondern eben um die Definition von »Policies« als elementare und eigenständige Felder anthropologischer Forschung. Den wichtigsten Referenzpunkt hierzu bilden zwei einflussreiche Sammelbände und insbesondere die beiden programmatisch gehaltenen Einleitungen der Herausgeber:³ Cris Shore und Susan Wright begründen hier ihre Forschungsperspektive gerade in Abgrenzung zu politikwissenschaftlichen Herangehensweisen, die – zumindest in ihrer Lesart – Politiken zumeist als »objektive Einheiten« und logisches »Ergebnis von den Entscheidungen rationaler Autoritäten« und

2 | Hier im Sinne des englischen Begriffes »policy«, wie etwa in »Gesundheits- oder Wohnungsbaupolitik«.

3 | Cris Shore & Susan Wright: *Policy: A new field of anthropology*. In: Dies. (Hrsg.): *Anthropology of Policy. Critical perspectives on governance and power*. London, New York 1997, S. 3–40; sowie: Cris Shore & Susan Wright: *Introduction. Conceptualising Policy: Technologies of Governance and the Politics of Visibility*. In: Cris Shore, Susan Wright & Davide Però (Hrsg.): *Policy Worlds. Anthropology and Analysis of Contemporary Power*. New York, Oxford 2011, S. 1–25.

Regierungseliten zur Bearbeitung »realer Problemlagen« konzipieren.⁴ Im Unterschied hierzu betrachten Shore und Wright »Policy« als ein grundlegendes »Organisationsprinzip« zur Gestaltung gegenwärtiger Gesellschaften, das unterschiedliche Kontexte und Gemeinschaften durchzieht, verbindet, verändert oder überhaupt erst erschafft und in diesem Rahmen immer auch umstrittene kulturelle Bedeutungen mobilisiert. Die gewachsene Bedeutung von Politiken ergibt sich demnach zunächst aus ihrem Vermögen, Individuen, Gruppen und soziale Räume zu klassifizieren, zu kategorisieren sowie zu kontrollieren und somit spätmoderne Gesellschaften grundlegend zu strukturieren: »Policy is a fundamental ›organising principle‹ of society which, like ›family‹, ›nation‹, ›class‹ or ›citizenship‹ provides a way of conceptualising and symbolising social relations, and around which people live their lives and structure their realities.«⁵

Politiken durchdringen also zunehmend sämtliche Lebensbereiche der Menschen und bestimmen hierdurch zugleich die Formen, in denen sich Individuen als Subjekte wahrnehmen und konstruieren oder Kollektiven zuordnen: »From the cradle to the grave, people are classified, shaped and ordered according to policies, but they may have little consciousness of or control over the processes at work.«⁶

Aufgrund dieser vielfältigen Präsenzen und ihrer Gestaltungskraft betrachten Shore und Wright Politiken explizit als »anthropologische Phänomene«, deren Untersuchung zu zentralen Fragestellungen und etablierten Begrifflichkeiten des Faches führt: »The study of policy therefore leads straight into issues at the heart of anthropology: norms and institutions; ideology and consciousness; knowledge and power; rhetoric and discourse; meaning and interpretation; the global and the local.«

Politiken lassen sich demnach also als vielschichtige Beziehungsnetze oder auch räumlich und zeitlich zunächst schwer eingrenzbares Fließmuster verstehen. Sie bilden aber zugleich dynamische Machtfelder, in denen um Positionen, Einfluss, Ressourcen, gesellschaftliche Grundbegriffe und die Gestaltung von Wirklichkeit gerungen wird. Diese Dynamiken bleiben dabei nicht auf das engere Akteursfeld der *polycymakers* begrenzt. Denn im Zuge eines politischen Prozesses entsteht eine vielstimmige Formation, die – je nach Politikbereich – Interessenverbände, Universitäten, NGOs, Wirtschaftsunternehmen, Behörden, Medien, Politikerinnen und Bürger miteinander verbindet. Politiken wandern gewissermaßen durch unterschiedliche institutionelle und lokale Kontexte und können hier aufgegriffen, umgestaltet oder auch umgangen werden.

4 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. Conceptualising Policy, S. 3ff.

5 | Ebd., S. 2.

6 | Cris Shore & Susan Wright: Policy: A new field of anthropology, S. 4; auch das folgende Zitat.

Die Relevanz und Wirkmächtigkeit einer Politik lässt sich entsprechend nicht alleine durch eine Forschung in den offiziellen Foren und Entscheidungszentren erfassen. Die Adressatinnen, Kooperationspartner und Vermittlungsinstanzen sind Teil des Feldes, in dem eine Politik ihre Bedeutung und ihre Gestalt erhält.⁷ Folgerichtig verstehen Shore und Wright Politiken auch nicht als exklusive Instrumente staatlicher Akteure: Internationale Organisationen, NGOs, Unternehmen oder Agenturen entwickeln und nutzen gleichfalls Policies, um Räume, Individuen und Gruppen zu regulieren, Ressourcen zu verteilen, Loyalitäten einzufordern oder Diskurse zu verändern. Die anthropologische Analyse von Politiken führt entsprechend in die unübersichtlichen Felder spätmoderner, gerade auch transnationaler Machttechniken. Eine *Anthropology of Policy* verfolgt nicht alleine das Ziel, eine jeweilige Politik zu erforschen, sondern beabsichtigt zugleich »elementare und die gegenwärtige Welt prägende Prozesse der Regierungsführung, der Machtausübung und des sozialen Wandels aufzudecken«.⁸

Im Anschluss an diese grundlegenden Überlegungen möchte ich fünf Aspekte dieses Forschungsprogramms herausstellen, die für die konzeptionelle Rahmung meiner Studie von besonderer Bedeutung sind.

(i) Politiken führen soziale Leben

Zunächst betonen Shore und Wright die *Produktivität und Prozesshaftigkeit* einer Policy. Eine Politik »arbeitet« demnach und stellt permanent neue Verbindungen zwischen Bürgerinnen, Institutionen, Ressourcen und staatlichen Akteuren her. Ihre Kontur und ihre Beschaffenheit verändern sich kontinuierlich sowohl im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen, die ihre Konzipierung umgeben, als auch in ihrer Umsetzung. Im Anschluss an Arjun Appadurai sprechen Shore und Wright von den »komplexen sozialen Leben«, die Politiken führen: Sie gestalten ihre Umgebung, gehen Beziehungen mit Institutionen und Akteursgruppen ein, verändern sich im Laufe der Zeit, produzieren unerwartete Effekte und entfalten häufig eine längere Wirkung als von ihren Initiatorinnen erdacht. Unter Bezugnahme auf Bruno Latour benennen sie Politiken als »Aktanten« und schreiben ihnen somit ein eigenes *Handlungsvermögen* zu – ein Handlungsvermögen, das sich etwa in ihren Interaktionen und Beziehungsgeflechten zeigt: »Policies have agency; they shift action, and, like machines, they perform tasks and are endowed with certain competencies. Importantly, actants typically interact with other social agents in processes that are dynamic and contingent, and therefore have unpredictable effects.«⁹

7 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. *Conceptualising Policy*, S. 12.

8 | Ebd., S. 1. Übersetzungen – auch folgende – durch den Autor.

9 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. *Conceptualising Policy*, S. 3. Im Falle von »sozialen Leben« beziehen sie sich primär auf: Arjun Appadurai (Hrsg.): *The Social Life*

(ii) Politiken operieren durch Sprache

Zweitens arbeiten Shore und Wright die Bedeutung von *Sprache* und insbesondere von *geschriebenen Dokumenten* für die Konstituierung einer Politik heraus: Strategiepapiere, Reden, Protokolle von parlamentarischen Debatten, Regierungsberichte oder auch mediale Erzeugnisse betrachten sie als »kulturelle Texte«, durch die Bedeutungen produziert und die »Problematik« eines Politikbereichs formuliert, diskutiert oder in Frage gestellt werden.¹⁰

Policies operieren demnach durch Diskurse,¹¹ besitzen aber gleichzeitig das Vermögen, diese zu verändern. So kann ein Regierungsdokument einen Politikbereich mit einem alternativen Diskurs verknüpfen, bisher unbekannte diskursive Figuren einführen oder neue Begriffe setzen. Von Interesse sind hierbei nicht alleine die Bedeutungen und Verbindungen, die sich aus dem Dokument herauslesen lassen, sondern gerade auch die »diskursiven Praxen«, durch die etwa Probleme aktiv definiert oder Gruppen kategorisiert werden. Die Beschäftigung mit solchen Texten führt also zu konkreten Akteuren, die über die Macht verfügen, eine Problemstellung oder einen Handlungsbedarf festzulegen, Richtlinien für die politische Auseinandersetzung zu bestimmen und hierüber auch Alternativen auszuschließen.¹² Das Verfassen von politischen Dokumenten zeigt sich aus dieser Perspektive als eine aktive, machtdurchzogene Wissenspraxis. Eine Analyse der Diskurse und Rhetoriken führt aber nicht nur zu diesen Akteuren, sondern zugleich zu den Rationalitäten, Ideologien oder kulturellen Logiken, die innerhalb des untersuchten Feldes dominieren. Der Erkenntnisgewinn soll dabei über den jeweiligen Politikbereich hinausgehen: Die Erforschung der Diskurse einer Policy »bietet den Schlüssel zur Analyse der Architektur gegenwärtiger Machtbeziehungen«.¹³

Shore und Wright schlagen zur Erforschung solcher diskursiven Felder die Konzentration auf »Schlüsselbegriffe«, »Kern-Symbole« oder »Metaphern« vor. Die Entwicklung einer neuen politischen Argumentation, die Verflechtungen zwischen diskursiven Figuren und einem bestimmten Politikbereich oder grundlegende Veränderungen eines Diskurses sollten sich anhand des Bedeutungs- und Positionswandels solcher Schlüsselbegriffe nachzeichnen

of Things: Commodities in Cultural Perspective. Cambridge, New York 1986; im Falle von »Aktanten« auf die Arbeiten Bruno Latours, etwa: *Aramis or the Love of Technology*. Cambridge, MA 1996.

10 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. *Conceptualising Policy*, S. 15.

11 | »Diskurse« definieren sie als »Konfigurationen von Ideen, die die Fäden zur Verfügung stellen, aus denen Ideologien gewoben werden«. In: Cris Shore & Susan Wright: *Policy: A new field of anthropology*, S. 18.

12 | Cris Shore & Susan Wright: *Policy: A new field of anthropology*, S. 18.

13 | Ebd., S. 12.

lassen.¹⁴ Gelegentlich führen politische Dokumente völlig neue Metaphern in ein jeweiliges politisches Feld ein; häufig werden aber auch ältere Schlüsselbegriffe in neue Gruppierungen von Bedeutungen integriert: Ein bekannter Begriff erscheint in einer neuen Kombination und erhält hierdurch eine andere Aussagekraft. Die Relevanz solcher Metaphern für die Analyse politischer Felder ergibt sich auch daraus, dass sie »historische Bedeutungen akkumulieren« können. Vergangene Konnotationen bleiben ihnen demnach eingeschrieben und sind potenziell reaktivierbar, auch wenn diesen in einem aktuellen politischen Diskurs ein neuer Sinngehalt zugewiesen wird: »The important point, however, is that keywords accumulate meanings historically and that whereas one meaning may dominate at any particular moment, previous meanings, although eclipsed, can always be resurrected.«¹⁵

Erlangen einzelne Begriffe eine hervorstechende Dominanz, so lassen sie sich als »mobilizing metaphors« untersuchen.¹⁶ Die Zugkraft, die solche besonders flexiblen und wirkmächtigen Schlüsselbegriffe erzielen, erklärt sich demnach durch zwei Eigenschaften: Einerseits besitzen sie das Vermögen, eine Vielzahl von Verknüpfungen mit anderen Konzepten oder Symbolen einzugehen und somit Bedeutungen zu akkumulieren. Sie nehmen also in dem diskursiven Feld, das einen Politikbereich strukturiert, eine zentrale Position ein. Andererseits lassen sich über diese Metaphern Zustimmung und Loyalitäten in einer Bevölkerung oder einer sozialen Gruppe herstellen. Diese Kategorie von Schlüsselbegriffen zeichnet sich also dadurch aus, dass sie sowohl auf diskursiver Ebene als auch in sozialen und politischen Praxisfeldern weitreichende Effekte erzielt. Die Produktivität und die wandelnden Konfigurationen einer Policy sollten sich demnach anhand der Bewegungen und Anschlüsse solcher »mobilizing metaphors« empirisch nachzeichnen lassen.

(iii) Politiken besitzen eine imaginäre Dimension

Drittens verweisen Shore und Wright auf die *imaginäre Dimension* politischer Felder. Eine Policy ruft demnach Vorstellungen von sich selbst und ihrem Wirken hervor – Vorstellungen, die sich zu »umstrittenen Narrativen« zusammenfügen und so durch Raum und Zeit wandern.¹⁷ In der Tat produzieren viele Politiken Erzählungen, etwa vom guten und richtigen Leben, von Gerechtigkeit, einer besseren Zukunft, von notwendigen Veränderungen oder vom Glück und möglichen Scheitern. Erfolgreiche Politiken etablieren ein *offizielles Narrativ* von dem zentralen Problem sowie seiner Lösung in einem jeweiligen Feld. Eine *Anthropology of Policy* untersucht, wie solche Narrative entstehen,

14 | Ebd., S. 18.

15 | Ebd., S. 19.

16 | Ebd., S. 20.

17 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. Conceptualising Policy, S. 13.

insbesondere aber wie sie sich in neue soziale und politische Räume hineinbewegen und hierbei immer wieder aufs Neue übersetzt werden müssen. Shore und Wright betonen zugleich, dass solche Erzählungen nicht zwingend in politischen Macht- und Entscheidungszentren ihren Ausgang nehmen müssen:

»Sometimes, this movement is initiated from the top, with a narrative translated from a political speech to newspaper articles, to a law text, to guidance notes intended to reform bureaucratic action, to technical procedures to follow or forms to fill in on paper or on the computer. At other times, this movement starts among user groups or professionals who provide a service. Each move necessarily entails a re-translation from one genre to another, opening up space for further contestation. At every moment of translation, new voices enter with new ways of seeing the problem, reinforcing or contesting the concepts and assumptions written into the policy texts.«¹⁸

Durch die ethnografische Verfolgung von umstrittenen Narrativen können also sowohl ihr Wandern zwischen unterschiedlichen lokalen und institutionellen Kontexten als auch ihre Wechselbewegungen zwischen verschiedenen Medien, Genres und Formaten nachgezeichnet werden. Als Konsequenz lassen sich die Konstellationen und Praxen, in denen politische Narrative übersetzt werden, als privilegierte Orte für die anthropologische Erforschung eines Politikbereiches betrachten. Denn in solchen Situationen werden Verbindungen und Bedeutungen konkret ausgehandelt und hergestellt; eine Policy zeigt sich hier als »a political process involving many actors all proposing how people should relate to each other, conduct themselves and be governed«.¹⁹

(iv) Politiken und Handlungsvermögen

Politiken sind also produktiv, entfalten vielfältige Effekte, prägen Diskussionen und dringen in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Räume ein – aber wie steht es mit dem *Handlungsvermögen von Individuen oder Gruppen*, die im Kontext solcher Konfigurationen agieren? Hier lässt sich innerhalb des Ansatzes eine Spannung erkennen:

Einerseits betonen Shore und Wright die *Macht von Politiken*, die Diskurse und Kategorien zu setzen, über die gesellschaftliche Wirklichkeit debattiert, strukturiert und wahrgenommen wird. Durch Policies lassen sich gleichzeitig Regierungslogiken und Machttechniken etablieren, die eine Bürgerin mit neuen Verhaltensanforderungen, Wertigkeiten und »Idealen vom Selbst« konfrontieren. So lässt sich entlang von Politiken etwa die Durchsetzung von neoliberalen Rationalitäten und Subjektivitätsvorstellungen in lokalen Ge-

18 | Ebd., S. 14.

19 | Ebd., S. 14.

meinschaften und Räumen nachzeichnen.²⁰ Insbesondere in dem ersten Band entsteht das Bild von Politiken, die in alle Lebensbereiche eindringen und deren Kategorisierungen, Logiken und Technologien sich die Individuen kaum entziehen können.

Andererseits wird im zweiten Band deutlich stärker ein *kritisches Potenzial von Bürgern und Bürgerinnen* betont, sich eben solchen dominanten Diskursen, politischen Ordnungsprinzipien und den damit verbundenen Vorstellungen guter Lebensführung zu widersetzen. Individuen erscheinen hier nicht einfach als »durch die Mikro-Physik der Disziplinierungsmacht produzierte fügsame Körper«²¹, sondern sie werden als »skeptische« und »reflexive Subjekte« fokussiert, die unter bestimmten Bedingungen die Machtlogiken und Deutungsansprüche einer Politik durchschauen und oppositionelle Haltungen zu entwickeln vermögen. Unter welchen Umständen dieses kritische Potenzial von Individuen die Oberhand gewinnt und eine Politik ihre hegemoniale Macht verliert, wird nicht abschließend geklärt und bleibt somit eine empirische Fragestellung. Entsprechend zeigen einige der Beiträge, wie im Zuge eines politischen Prozesses (ungeplante) Handlungsspielräume für unterschiedliche Formen der Einmischung und des Protests, für oppositionelle Allianzen, kritische Haltungen und widerständige Praxen entstehen.²²

(v) Forschungsstrategien einer anthropologischen Policy-Forschung

Eine Politik wird hier also nicht als ein primär durch Regierungshandeln bestimmter »objektiver Sachverhalt« begriffen, sondern als ein »sozialer und politischer Raum, der durch Machtbeziehungen und Systeme der Regierungsführung gegliedert wird«.²³ Policies verbinden Orte, Akteursgruppen, Ressourcen und Wissensbestände und durchfließen lokale, nationale und globale Ebenen. Konzipiert man den Untersuchungsgegenstand entsprechend trans-

20 | Siehe exemplarisch: Susan Brin Hyatt: Poverty in a ›post-welfare‹ landscape: Tenant management policies, self-governance and the democratization of knowledge in Great Britain. In: Cris Shore & Susan Wright (Hrsg.): *Anthropology of Policy*, S. 217-238.

21 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. *Conceptualising Policy*, S. 17f.

22 | Siehe folgende Beiträge in dem Band »Policy Worlds«: Gritt B. Nielsen: *Peopling Policy: On Conflicting Subjectivities of Fee-Paying Students*, S. 68-85; Shalini Randeria & Ciara Grunder: *The (Un)Making of Policy in the Shadow of the World Bank: Infrastructure Development, Urban Resettlement and the Cunning State in India*, S. 187-204; Dorothy Louise Zinn: *The Case of Scanzano: Raison d'État and the Reason for a Rebellion*, S. 227-243; Davide Però: *Migrants' Practices of Citizenship and Policy Change*, S. 244-263; Birgit Müller: *The Elephant in the Room: Multistakeholder Dialogue on Agricultural Biotechnology in the Food and Agriculture Organization*, S. 282-299.

23 | Cris Shore & Susan Wright: *Policy: A new field of anthropology*, S. 14.

lokal, kaum begrenztbar und vielfältig verflochten, so stellt sich die Frage nach seiner *ethnografischen Erforschbarkeit*: Welche methodischen Vorschläge entwickeln die Protagonisten einer *Anthropology of Policy*, um solche Beziehungsnetze und Machtfelder zu untersuchen?

Grundsätzlich greifen Shore und Wright auf akteurszentrierte Vorgehensweisen zurück, wie sie auch innerhalb der Europäischen Ethnologie etabliert sind. Von Interesse sind demnach die Bedeutungen und Funktionen, die eine jeweilige Policy für unterschiedliche Personengruppen besitzt. Die Stärke ethnografischer Methoden liegt dabei in »its sensitivity towards the way in which policies work as instruments of governance, and its concern to explore how policies are understood by differently situated actors.«²⁴ Allerdings stellen diese Erkundungen der Bedeutungen und Konsequenzen einer Politik für einzelne Personen, lokale Gemeinschaften oder Akteursgruppen nicht das eigentliche Ziel dar; sie bilden vielmehr Ausgangspunkte, um die im Rahmen einer Policy entstehenden Fließmuster und Verflechtungen zwischen unterschiedlichen Akteuren, Diskursen, Orten, Ebenen, sozialen Prozessen sowie deren Auswirkungen auf Lokalitäten oder Gemeinschaften in den Blick zu nehmen.²⁵ Zum zentralen Kriterium zur Bestimmung der »Topographie des Feldes« wird daher die Frage nach dem Spektrum von »Organisationen oder Personengruppen, die sich in irgendeiner Weise an dem Prozess der Auseinandersetzung über eine Politik beteiligen können.«²⁶ In Anknüpfung an Pierre Bourdieus Überlegungen zur *Begrenzung eines Feldes*²⁷ ließe sich formulieren, dass es die Gesamtheit der Akteure einzubeziehen gilt, die über Potenziale oder Kapitalien verfügen, im Rahmen einer Policy *Effekte* auszuüben.

Der Anspruch lautet, Herangehensweisen zu entwickeln, um »die Wege nachzuzeichnen, durch die ›Macht‹ Netzwerke und Beziehungen zwischen Akteuren, Institutionen und Diskursen durch Zeit und Raum schafft.«²⁸ Für die methodische Umsetzung bedeutet dies, akteurszentrierte Forschungspraxen mit Forschungsstrategien einer *multi-sided ethnography* sowie mit Diskursanalysen zu verbinden. Insbesondere im neueren Sammelband werden zumindest zwei Vorgehensweisen vorgeschlagen:

24 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. Conceptualising Policy, S. 20.

25 | Cris Shore & Susan Wright: Policy: A new field of anthropology, S. 14.

26 | Cris Shore & Susan Wright: Introduction. Conceptualising Policy, S. 11.

27 | »[...] die Grenze eines Feldes ist die Grenze seiner Effekte oder, andersherum, ein Akteur oder eine Institution gehören insoweit zu einem Feld, als sie in ihm Effekten unterliegen und Effekte produzieren. In: Pierre Bourdieu: Die Praxis der reflexiven Anthropologie.« In: Pierre Bourdieu & Loïc Wacquant: Reflexive Anthropologie. Frankfurt 2006; S. 251-294, S. 266.

28 | Cris Shore & Susan Wright: Policy: A new field of anthropology, S. 14.

Erstens diskutieren Susan Wright und Sue Reinhold die Strategie eines »studying through«, die den Verlauf öffentlicher Diskussionen und Konflikte in das Zentrum einer ethnografischen Forschung rückt: »Studying through« follows a discussion or a conflict as it ranges back and forth and back again between protagonists, and up and down and up again between a range of local and national sites.«²⁹

Der Vorschlag lautet also, einen *Prozess der politischen Auseinandersetzung* in seinen historischen Entwicklungslinien und zirkulären Verflechtungen durch unterschiedliche lokale Räume, Institutionen, Medien und Akteurskonstellationen zu verfolgen, um anhand des Bedeutungswandels von Schlüsselbegriffen sowie der Entstehung neuer diskursiver Formationen den Ablauf politischer Transformationen analysieren zu können. Die Konzentration auf Metaphern und Narrative soll demnach nicht nur den Einstieg zur Erforschung von Machtfeldern bieten, sondern gleichfalls zum Verständnis längerfristiger und grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandlungsprozesse führen.

Zweitens finden sich in dem Sammelband Beiträge, die Politiken und ihre Machtfelder durch Bezugnahmen auf Michel Foucaults Konzept von »Dispositiven« oder zeitgenössische Diskussionen zu »Assemblagen« zu analysieren versuchen.³⁰ Hier steht der Gedanke im Zentrum, dass zur Regulierung von politischen oder ökonomischen »Problemen« temporäre Ensembles aus so unterschiedlichen Elementen wie Institutionen, Gesetzen, administrativen Maßnahmen, politischen Logiken, materiellen Ressourcen, Praxen, architektonischen Arrangements usw. entstehen, die sich als Dispositive oder noch nicht in gleicher Weise verstetigte Assemblagen begreifen lassen – in beiden Fällen Felder der Machtausübung, für die kein klares Zentrum, keine eindeutige Autorin identifiziert werden kann. Gleichzeitig zeigen einige der Buchbeiträge, dass sich gerade in den Zwischenräumen oder Kontaktzonen eines solchen Gefüges Handlungsspielräume eröffnen können, um Regulierungsansprüche zu umgehen und somit auf politische Felder einzuwirken. Eine solche Forschungsstrategie kann daher sowohl zu einem Nachzeichnen der wandelbaren Ansammlungen heterogener Elemente als auch zu einer Zentrierung auf Ak-

29 | Susan Wright & Sue Reinhold: »Studying through«: A Strategy for Studying Political Transformation. Or Sex, Lies and British Politics. In: Cris Shore, Susan Wright & Davide Però (Hrsg.): *Policy Worlds*, S. 86-104, S. 101. Siehe hierzu auch: Cris Shore & Susan Wright: *Policy: A new field of anthropology*, S. 14.

30 | Siehe: Michel Foucault: »Le jeu de Michel Foucault«. In: Ders.: *Dits et écrits II*, Paris 1994 (1977), S. 298-329; Hubert Dreyfus & Paul Rabinow: *Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Weinheim 1994; Paul Rabinow: *Anthropologie der Vernunft. Studien zu Wissenschaft und Lebensführung*. Frankfurt 1994; Aihwa Ong & Stephen J. Collier (Hrsg.): *Global Assemblages. Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems*. Malden, Oxford, Carlton 2005.

teure, ihre Strategien und Handlungsspielräume innerhalb dieser temporären Ensembles führen.³¹ Eine Policy kann hierbei entweder als eines der Elemente oder als Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Assemblage oder eines Dispositives untersucht werden.

In all diesen Forschungsstrategien wird eine Politik also als eine Konfiguration fokussiert, die sich nicht alleine durch eine klassische ortsgebundene teilnehmende Beobachtung untersuchen lässt.³²

»The key is to grasp the interactions (and disjunctions) between different sites or levels in policy processes. Thus, ›studying through‹ entails multi-site ethnographies which trace policy connections between different organizational and everyday worlds, even where actors in different sites do not know each other or share a moral universe.«³³

Die Herausforderung besteht darin, »Aussichtspunkte« zu identifizieren und miteinander zu kombinieren, von denen aus sich diese Verflechtungen, Netzwerke, diskursiven Verschiebungen und Regierungstechniken ethnografisch beobachten lassen. Im Prinzip können hierzu sehr unterschiedliche Mikro-Felder herangezogen werden: soziale Konstellationen, in denen unterschiedliche Akteurs- und Interessensgruppen interagieren; Situationen, in denen ein politisches Narrativ übersetzt wird; Kontaktzonen, in denen ein dominanter Diskurs hinterfragt wird; Institutionen, in denen Diskurse und Politikbereiche zusammenfließen; Behörden, in denen soziale Gruppen als Adressatinnen einer Politik definiert werden; oder Dokumente und Reden, die ein »politisches Problem« formulieren.

31 | Siehe hierzu etwa die bereits angeführten Beiträge im Buch »Policy Worlds« von: Gritt B. Nielsen, Dorothy Zinn, Davide Però, Clarissa Kugelberg und Birgit Müller sowie den Artikel von Gregory Feldman: *Illuminating the Apparatus: Steps toward a Nonlocal Ethnography of Global Governance*. In: Ebd., S. 32-49.

32 | Gregory Feldman entwickelt in seinem Beitrag den Vorschlag zu einer »nonlocal ethnography« und stellt hierdurch etablierte ortsgebundene Vorgehensweisen der Ethnografie grundlegend in Frage: Ein Ort oder eine Institution bilden demnach nur den Ausgangspunkt, um das Zusammenfließen von Diskursen, politischen Rationalitäten, Wissenspraxen und Machtfeldern zu wirkmächtigen Dispositiven zur Regulierung eines politischen oder ökonomischen »Problems« zu untersuchen.

33 | Cris Shore & Susan Wright: *Policy: A new field of anthropology*, S. 14.

Perspektivierung: Imaginäre Dimensionen, Mobilisierungen und Wissensarbeit in der Auswärtigen Kulturpolitik

Aus den diskutierten Überlegungen lassen sich zumindest zwei Weisen herauslesen, eine Politik als ein anthropologisches Feld zu konzipieren und ethnografisch zu erforschen: Einerseits als einen *Prozess der Auseinandersetzung*, der sich durch unterschiedliche Arenen, Ebenen, Medien, lokale und institutionelle Kontexte entfaltet; andererseits als ein *Gefüge aus heterogenen Elementen* mit einer jeweiligen Emergenz, Dynamik und Beschaffenheit. Beide Herangehensweisen schließen sich nicht aus. Entsprechend kombiniere ich sie in dieser Studie, indem ich sowohl die *Mobilisierung eines politischen Narrativs* durch die unterschiedlichen Kontexte seiner Entstehung und Wirkung verfolge als auch *Prozesse des Zusammenfügens* von diskursiven Formationen, Argumentationsfiguren, Akteuren, Ressourcen, Institutionen und Orten zu einer kohärent erscheinenden Politik in den Blick nehme. Ich habe hierzu drei analytische Perspektiven entwickelt, die ich nun als Beitrag zu einer *Anthropology of Policy* ausformulieren möchte:

Erstens frage ich nach den *imaginären Dimensionen* Auswärtiger Kulturpolitik. Ich untersuche hierzu sowohl den Verlauf der Diskussionen auf Tagungen des Politikbereichs als auch die diskursiven Bewegungen, die sich aus politischen Papieren und Regierungsdokumenten herausarbeiten lassen. Ich identifiziere die dominanten Schlüsselbegriffe und zeichne nach, welche Bedeutungen sie über die Jahrzehnte akkumulieren konnten sowie in welchen unterschiedlichen Konfigurationen sie auftreten. Auf dieser Basis lassen sich die zentralen Rationalitäten und epistemologischen Ordnungen herausstellen, welche die imaginären Dimensionen des Politikbereichs strukturieren. Zugleich werden Entstehungskontexte, Akteurskonstellationen und Dynamiken der Ausgestaltung des offiziellen Narrativs zur Legitimierung und Erklärung Auswärtiger Kulturpolitik sichtbar.

Hierauf aufbauend analysiere ich zweitens die *Mobilisierungen*, die im Rahmen dieser Policy hervorgerufen werden sowie die *Bahnen*, über die diese Mobilisierungen verlaufen. Ganz im Sinne einer *multi-sited ethnography* verfolge ich das »Narrativ« und die zentralen »Metaphern«, aber auch die Kulturmittler durch die unterschiedlichen Foren und Arbeitsfelder des Politikbereichs.³⁴ Ich frage zum einen, was mit der offiziellen Erzählung passiert, wenn sie translokale Übersetzungsketten durchläuft und an Orten wie Ramallah, Sarajevo oder Tel Aviv den Boden berührt; zum anderen interessieren mich die Effekte, die solche Mobilisierungen in diesen lokalen Kontexte hervorrufen. Diese Fra-

34 | Siehe zu den Forschungsstrategien »Follow the People«, »Follow the Metaphor« und »Follow the Plot, Story, or Allegory«: George Marcus: *Ethnography in/of the World System*, S. 106ff.

gen führen direkt zu den Machtrelationen und institutionellen Arrangements, die den Politikbereich gegenwärtig auszeichnen und zugleich die Bahnen konfigurieren, über die Metaphern, Narrative, Personen oder Ressourcen mobilisiert werden.

Drittens untersuche ich die *Wissensarbeit*, die in den translokalen Praxis- und Übersetzungsfeldern Auswärtiger Kulturpolitik vonstattengeht – anders formuliert: Ich fokussiere die Kontexte, in denen aus den materiellen Ressourcen und den mobilisierten Beständen des politischen Narrativs kulturpolitische Praxis wird. Von Interesse ist hierbei primär die Übersetzungsarbeit, die Kulturmittler zwischen den Zielvorstellungen und Rationalitäten des Politikbereichs einerseits und den Rahmenbedingungen und Bedürfnislagen in den jeweiligen lokalen Arbeitskontexten andererseits realisieren. Eine solche praxeografische Perspektive – die innerhalb der *Anthropology of Policy* angelegt, bisher aber nicht hinreichend ausformuliert worden ist – lenkt den Blick nicht nur auf vier unterschiedliche kulturpolitische Strategien (Kapitel III), die diese Übersetzungsarbeit auf eine jeweilige Weise »lösen«, sondern zugleich auf die Notwendigkeit, in einem global verzweigten Politikbereich durch verschiedene Verfahren Kohärenz herzustellen. Die translokale Übersetzungsarbeit der Kulturmittler leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag. Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Frage aufgreifen, ob sich die Position von Kulturmittlern in diesen Praxis- und Übersetzungsfeldern eher als »fügsame Körper« oder als »reflexive Subjekte« verstehen lässt. Orientieren sie sich also in der Vermittlungsarbeit an ihren Einsatzorten eng an den Vorgaben, Rationalitäten und Regierungslogiken der politischen Zentren? Oder entwickeln sie kritische Perspektiven auf die Deutungsansprüche des politischen Narrativs, die ihnen erweiterte Handlungsspielräume für die eigene translokale Arbeitspraxis eröffnen?

Für die methodische Umsetzung dieses Forschungsprogramms habe ich längerfristig in Diskussionsräumen, Kontaktzonen, Praxis- und Übersetzungsfeldern des Politikbereichs in Berlin, Ramallah und Sarajevo geforscht und zusätzlich kürzere Einblicke in die Arbeit der Goethe-Institute in Tel Aviv und (West-)Jerusalem genommen. Ich betrachte diese Kontexte als Aussichtspunkte, um den Prozess der Auseinandersetzung um die Möglichkeiten einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* und somit das translokale Gefüge dieses Politikbereiches beobachten und analysieren zu können. Das *komplexe soziale Leben* dieser Policy wird in den Kapiteln II und III von eben diesen Aussichtspunkten her beleuchtet. Bevor ich mich aber dort der Analyse der imaginären Dimensionen sowie der translokalen Übersetzungsarbeit Auswärtiger Kulturpolitik zuwende, möchte ich zeitgenössische Positionen zur Erforschung des »Nationalen« als den zweiten zentralen theoretischen Bezugsrahmen meiner Arbeit diskutieren: Denn im Zuge meiner Forschung wurde immer deutlicher, wie stark Schlüsselmetaphern und Narrative des Politikbereichs auf Re-

präsentationen des Nationalen rekurren. Die ethnografische Untersuchung Auswärtiger Kulturpolitik bekam somit den Charakter einer *Feldforschung im Nationalen*.

3. LEITMOTIV: FELDFORSCHUNGEN IM NATIONALEN

In ihrer Studie zu den materiellen und symbolischen Ordnungen von Weltausstellungen hat Penelope Harvey den Begriff »Technologies of Nationhood« entwickelt.³⁵ Im Anschluss an Michel Foucault versteht sie »soziale Technologien« als mächtige »Werkzeuge der Wissensproduktion«, die an der epistemologischen und politischen Produktion und Durchsetzung bestimmter Vorstellungen, Konzepte und Ordnungsmuster mitwirken. Weltausstellungen trugen demnach – ähnlich wie etwa Nationalmuseen – seit dem späten 19. Jahrhundert dazu bei, die eigentlich junge Idee des modernen europäischen Nationalstaates als ein selbstverständliches und dauerhaftes soziales Gebilde sowie als grundlegende Einheit des internationalen Systems zu etablieren. Denn Weltausstellungen organisieren sich räumlich und konzeptionell entlang von Orten und Formen nationalstaatlicher Selbstdarstellungen, so dass Besucher hier die Vorstellung der Welt als ein Mosaik distinkter, prinzipiell gleichwertiger nationaler Einheiten mental und körperlich erfahren können. Sie wirken als »Technologien des Nationalen«, indem sie Organisationsformate und Infrastrukturen bereitstellen, welche die Entwicklung und Verbreitung von Narrativen des Nationalen nahelegen.

Durch ihre Analyse der Darstellungsformen in den Länderpavillons auf der Expo 1992 in Sevilla verdeutlicht Harvey zumindest drei Aspekte, die für ein Verständnis der *Repräsentationstechniken und Positionierungen von Nationalstaaten auf globalen Bühnen* von Bedeutung sind: Demnach erweist es sich erstens als zweitrangig, ob sich Staaten eher als ahistorische, quasi naturgegebene oder aber als politisch und gesellschaftlich konstruierte und somit veränderbare Einheiten präsentieren. Am Beispiel des Schweizer Pavillons demonstriert sie, dass selbst die hier vollzogene gezielte und radikale Dekonstruktion der Idee einer abgrenzbaren, substanziellen und distinkten Nationalkultur den Eindruck einer nationalen Spezifik hervorruft. Denn gerade im Vergleich zu den anderen Pavillons entsteht auch im Rahmen einer solchen Repräsentationsstrategie der Eindruck von einer Typik, die sich eben in diesem – als »schweizerisch« ausgewiesenen – reflexiven Umgang mit »Nationalkultur« zeigt. Zweitens unterstreicht Harvey, dass nationale Narrative – trotz ihres ho-

35 | Penelope Harvey: *Hybrids of Modernity. Anthropology, the nation state and the universal exhibition*. London, New York 1996; siehe für die folgenden Bezugnahmen S. 50ff. sowie das gesamte dritte Kapitel.

mogenisierenden und standardisierenden Charakters – nicht zwangsläufig ein Vorhandensein von Differenz negieren, sondern durchaus Bilder von Verschiedenheit aufgreifen. Die Betonung einer spezifischen Ausformung interner kultureller Vielfalt oder auch eines ganz bestimmten Umgangs mit Differenz können in Repräsentationsstrategien zur Abgrenzung von anderen Nationalstaaten integriert werden. Und drittens zeigt Harvey, dass sich die Selbstdarstellungen in den Länderpavillons zunehmend an den Erfordernissen und Logiken eines flexiblen, globalen Kapitalismus orientieren: »Nationale Spezifik« und »Differenz« werden nicht einfach repräsentiert, sondern sie müssen zunehmend als Kern einer Markenidentität »simuliert« werden, um Staaten und ihre ökonomische Potenz auf globalen Bühnen zu positionieren.

Im Anschluss an Penelope Harvey betrachte ich Auswärtige Kulturpolitik in dieser Studie als eine *Technologie des Nationalen*: Die Repräsentationstechniken, inhaltlichen Schwerpunkte oder der Umgang mit »Differenz« mögen durch die Jahrzehnte und innerhalb des Politikbereichs variieren – dennoch entfaltet sich auch hier im *Zusammenwirken von infrastrukturellen, organisatorischen und diskursiven Formaten* eine kulturelle Logik, welche Grundfiguren des Nationalen – auch unabhängig vom Willen oder den Positionen einzelner Akteure – hervorruft, reproduziert und mobilisiert.

Explizite und implizite Dimensionen der kulturellen Selbstdarstellung

Den Ausgangspunkt dieses Abschnitts bildet also die Beobachtung, dass Grundfiguren des Nationalen – auch nach den diskursiven Veränderungen um die Jahrtausendwende – weitgehend naturalisierte Bezugspunkte in den Diskussions- und Praxisfeldern Auswärtiger Kulturpolitik darstellen. Denn in diesen Kontexten wird ein Narrativ zur kulturellen Selbstdarstellung erarbeitet, das Vorstellungen von der Existenz einer »nationalen Spezifik« oder eines »kulturellen Wir«, das sich mitteilen möchte, aufgreift und translokal mobilisiert. Ich werde diesen Tatbestand in den empirischen Kapiteln ausführlich untersuchen; an dieser Stelle beschränke ich mich auf einige grundlegende Beobachtungen, um auf dieser Basis eine analytische Perspektive auf die Funktionslogiken und Herstellungszusammenhänge des Nationalen innerhalb dieses Politikbereichs zu entwickeln.

So findet sich etwa die Zielsetzung *Sympathiewerbung für Deutschland und die Vermittlung eines zeitgenössischen Deutschlandbildes* in leicht variierendem Wortlaut regelmäßig in den *Jahresberichten der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik* an einer vorderen Position. Auch in öffentlichen Äußerungen zeigt sich kulturelle Selbstdarstellung als der eigentliche Dreh- und Angelpunkt des Politikbereichs: Im Jahr 2009 spricht etwa Außenminister Steinmeier davon, »Kultur- und Bildungspolitik wieder ins Zentrum unserer

Außendarstellung zu rücken«³⁶ und formuliert als Reaktion auf gegenwärtige geopolitische Herausforderungen: »Wir müssen uns daher mit ganzer Energie dafür einsetzen, für unser Land, unsere Kultur und unsere Gesellschaft zu werben und Interesse daran zu wecken.«³⁷

Im Laufe meiner Forschung konnte ich beobachten, dass dieses Leitmotiv der kulturellen Selbstdarstellung sowohl eine implizite als auch eine explizite Dimension besitzt:

Gerade aus einer historischen Perspektive³⁸ lässt sich aufzeigen, dass der strategische Einsatz kultureller Selbstbilder zum internationalen Reputationsgewinn und zur Flankierung nationalstaatlicher Interessenspolitik einen der Ursprungskerne und eine wirkmächtige *explizite* Zielsetzung dieses Politikbereichs darstellt. Insbesondere nach den beiden Weltkriegen wurde auf eine grenzüberschreitende Strahlkraft »deutscher« Kultur und Wissenschaft gehofft. Demnach ging es etwa in der Auswärtigen Kulturpolitik der Weimarer Republik

»vor allem um die Wiederaufnahme Deutschlands in die internationale Völkergemeinschaft, die Gewinnung von neuen Freunden und Partnern, um Unterstützung für deutsche Sichtweisen und Positionen, um das Wiedererlangen von Ansehen, Vertrauen und Sympathie. Natürlich sollte mit der Ausstrahlung deutscher Kultur und Geistestradiation auch die Legitimation Deutschlands als Kulturstaat unterstützt werden, ebenso wie ein positives Deutschlandbild.«³⁹

Eine ähnliche Logik bestimmte die Entwicklung des Politikbereichs auch in den Anfangsjahren der Bundesrepublik. Nach verlorenem Krieg, Völkermord und Diktatur sollte die Selbstdarstellung im Modus der Kultur »die Wiedereingliederung des deutschen Volkes in die internationale Gemeinschaft«⁴⁰ un-

36 | Auswärtiges Amt: Konferenzdokumentation »Menschen bewegen – Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung«. Berlin, 18.-26. April 2009, S. 9.

37 | Auswärtiges Amt: Wo die Musik spielt. Kultur und Kommunikation in der deutschen Außenpolitik (o. J.), S. 3.

38 | Siehe hierzu etwa: Kurt Düwell: Zwischen Propaganda und Friedensarbeit – 100 Jahre Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik. In: Kurt-Jürgen Maaß (Hrsg.): Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis. Baden-Baden 2009 (2. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage), S. 61-111.

39 | Kurt-Jürgen Maaß: Überblick: Ziele und Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik. In: Ders. (Hrsg.): Kultur und Außenpolitik, S. 25-32, S. 25.

40 | Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 1973, Bundesdrucksache 7/4121. Bonn 1975.

terstützen, wenn sich auch die Modi und Argumentationslinien der Vermittlungsarbeiten partiell wandelten:

»Nach dem Jahrhundertverbrechen an den europäischen Juden war der Neuanfang ungleich schwieriger. So rückte die Vermittlung eines realistischen, offenen und zukunftsgerichteten Bildes von der neuen deutschen Demokratie und ihrem Umgang mit der eigenen schwierigen Vergangenheit für mehrere Jahrzehnte in den Mittelpunkt der auswärtigen Kulturarbeit.«⁴¹

Bis in die Gegenwart erkennen Beobachter des Politikbereichs die Fortsetzung dieser historischen Entwicklungslinie in der »Leitfrage der Auswärtigen Kulturpolitik [...], die die Vermittlung eines Bildes unseres Landes in den Mittelpunkt stellt: »Mit welchen Kernbotschaften soll sich die Kulturnation Deutschland im Ausland präsentieren?««⁴²

Darüber hinaus lässt sich auch eine dem Politikbereich eingelagerte *implizite Dimension* der kulturellen Selbstdarstellung herausarbeiten. Denn auch Zielvorstellungen, die in ihrer Ausformulierung andere Schwerpunkte setzen – etwa *Konfliktprävention, Förderung von Zivilgesellschaft, von Demokratisierungsprozessen oder der Europäischen Integration*⁴³ – tragen zu einer Produktion und Mobilisierung von Deutschlandbildern bei: Einerseits, da sie zumeist innerhalb der institutionellen Strukturen der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik bearbeitet, in Projektformate übersetzt und hierdurch mit Repräsentationstechniken und -modi der kulturellen Selbstdarstellung verknüpft werden. Andererseits, da auch solche universelleren, ursprünglich nicht nationalkulturell begründeten Zielsetzungen häufig konzeptionell mit »deutschen Erfahrungen« und Entwicklungen verbunden werden, wie sich exemplarisch an einer Stellungnahme von Joschka Fischer verdeutlichen lässt:

»Die besonderen Möglichkeiten der Auswärtigen Kulturpolitik, abseits offizieller Positionen durch Projekte und Veranstaltungen, Menschenrechtsdialoge und Austauschprogramme gezielt zur Stärkung von Zivilgesellschaften beizutragen, prädestinieren sie unter den neuen Bedingungen für eine prominentere und stärkere Rolle. Dies verbindet

41 | Kurt-Jürgen Maaß: Überblick: Ziele und Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik, S. 25.

42 | Wolfgang Schneider: Vom Export zum Netzwerk, vom Event zur Intervention. Zum Wandel Auswärtiger Kulturpolitik. In: Ders. (Hrsg.): Auswärtige Kulturpolitik. Dialog als Auftrag – Partnerschaft als Prinzip. Bonn 2008, S. 13-31, S. 26.

43 | So einige der offiziellen Zielsetzungen des Politikbereichs, die sich in unterschiedlichen Regierungsdokumenten oder Reden des Bundesaußenministers finden lassen. Eine systematische Beschäftigung mit solchen offiziellen Papieren und Zielhorizonten erfolgt im Kapitel II dieser Studie.

sich mit den wachsenden internationalen Erwartungen an das wiedervereinigte Deutschland. Wir sollten unsere Erfahrungen mit der nach dem Krieg gewonnenen Demokratie, mit dem friedensstiftenden Projekt der europäischen Einigung weitergeben – nicht als Staatsbürgerkundeunterricht und schon gar nicht als vorgestrigte machtpolitische Selbstdarstellung des vereinten deutschen Nationalstaates, sondern so offen wie möglich und auf Dialog ausgerichtet: Sensibel in der Form, fest in der Sache.«⁴⁴

Die Formel *Vermittlung von Deutschlandbildern* besitzt innerhalb der Auswärtigen Kulturpolitik also nicht nur den Status einer *expliziten Zielsetzung*, sondern führt gleichfalls zu *impliziten Effekten*, die sich sowohl aus der Existenz einer weltumspannenden institutionellen Struktur als auch aus der Möglichkeit, »eigene Erfahrungen« mit sehr verschiedenen Diskursfeldern und Fragestellungen zu verknüpfen, ergeben – anders formuliert: Der Politikbereich produziert einen infrastrukturellen und diskursiven Rahmen, in dem die unterschiedlichsten Ziele, Inhalte, Themenfelder und Formate positioniert werden können und hierdurch auch *implizit* zu einer Selbstdarstellung im Modus der Kultur beitragen. Entscheidend ist, dass in diesen Kontexten Grundkategorien des Nationalen global mobilisiert werden und hierbei zugleich eine Bestätigung in ihrer »nicht hinterfragbaren Selbstverständlichkeit«⁴⁵ als Ausgangspunkte des Politikbereichs erfahren. Neben den soeben genannten Figuren einer »nationalen Spezifik« und eines »kulturellen Wir« denke ich hierbei insbesondere auch an die Vorstellung von der Existenz distinkter Nationalstaaten als maßgebliche Grundeinheiten der Welt und internationaler kultureller Begegnung.

Zweifel an der Selbstverständlichkeit: Dezentrierungen und Dekonstruktionen des Nationalen

Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Diskussionen, die eher Tendenzen einer Dezentrierung des Nationalen konstatieren, vermögen diese Befunde etwas zu überraschen. Zwei kritische Interventionen drängen sich auf:

Zum einen wurde vielfach herausgearbeitet, dass sich solche Grundfiguren des Nationalen vor dem Hintergrund von Globalisierungsprozessen zunehmend als brüchig erweisen. Als Konsequenz einer wachsenden transnationalen Mobilität von Menschen, Bildern, Informationen, Gütern und Kapitalien verliert die Vorstellung von »nationalstaatlichen Containern«⁴⁶ als gewissermaßen gegebenen Umgrenzungen von Identitäten, Gemeinschaften oder Kulturen an

44 | Joschka Fischer: Sensibel in der Form, fest in der Sache. In: Zeitschrift für Kulturaustausch 2002/01, S. 24-26, S. 24f.

45 | Beate Binder: Troubling policies, S. 367.

46 | Ulrich Beck: Was ist Globalisierung? Frankfurt 1998, S. 48ff.

Überzeugungskraft. Die Beziehungen zwischen Gruppenzugehörigkeiten und Territorien flexibilisieren sich; Identitäten gestalten sich »positionaler, politischer, pluraler und vielfältiger sowie weniger fixiert, einheitlich und transhistorisch«. ⁴⁷ Entsprechend verortet Stuart Hall in solchen Dynamiken die Kraft, »nationale kulturelle Identitäten zu zerstreuen« und ihnen hierdurch ihre bisherige Fraglosigkeit zu nehmen: »Nationale Identitäten (waren) solange einheitlich und homogen, wie es ihnen gelang, sich als solche zu repräsentieren.« ⁴⁸

Auf dieser Basis möchte ich eine erste Spannung festhalten: Wenn nationale Identitäten gegenwärtig kraftvoll zerstreut werden, wie erklärt sich dann dieses Festhalten an Grundfiguren des Nationalen innerhalb der Auswärtigen Kulturpolitik? Unter welchen Bedingungen und mittels welcher Sprechweisen oder Arbeitsformen kann es dennoch gelingen, ein kohärentes Narrativ zur kulturellen Selbstdarstellung herzustellen? Und sollte man den Politikbereich als einen staatlich finanzierten Versuch zur *Rezentrierung des Nationalen* vor dem Hintergrund wirkmächtiger Tendenzen zu seiner *Dezentrierung* verstehen?

Zum anderen möchte ich an Positionen erinnern, die das politische Ordnungsprinzip des Nationalstaates als einen wesentlichen Beitrag zur Reproduktion globaler Asymmetrien diskutieren. In einem anderen inhaltlichen Zusammenhang hat etwa Ulrich Beck darauf hingewiesen, dass das Nationalstaatsprinzip globale Ungleichheiten legitimiert, indem nationale Grenzen sowie die Konservierung des »nationalen Blicks« politischen Öffentlichkeiten und soziologischen Forschungen die Möglichkeit geben, »scharf zwischen politisch relevanter und irrelevanter Ungleichheit« zu trennen: »Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften werden in der Wahrnehmung enorm vergrößert; gleichzeitig werden Ungleichheiten zwischen nationalen Gesellschaften ausgeblendet.« ⁴⁹

Insbesondere vor dem Hintergrund der diskursiven Figur einer *Auswärtigen Kulturpolitik als Konfliktprävention* lässt sich eine zweite Spannung festhalten: Kann ein Politikbereich, der so deutlich an Grundfiguren des Nationalen festhält, tatsächlich Potenziale zu einer produktiven Bearbeitung der Konfliktträchtigkeit der gegenwärtigen Welt entfalten? Gälte es hierzu nicht stärker einzubeziehen, dass ein jedwedes *Narrativ vom Nationalen* kein »unschuldiges« kulturelles Produkt darstellt, sondern zutiefst politische Botschaften von Zugehörigkeiten und Grenzen, von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für soziale Ungleichheiten und Problemlagen in globalen Feldern

47 | Ebd., S. 217.

48 | Stuart Hall: Die Frage der kulturellen Identität, S. 208.

49 | Ulrich Beck: Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen: Soziologische Aufklärung im 21. Jahrhundert. Frankfurt 2008, S. 13.

enthält und genau hierdurch einen Beitrag leistet zur symbolischen und politischen Ordnung der Welt, die eine hierarchische ist?

Ich werde auf diese beiden Spannungen und ihre Bearbeitung in den Praxis- und Übersetzungsfeldern Auswärtiger Kulturpolitik in meinen empirischen Kapiteln zurückkommen. Zur Vorbereitung möchte ich auf den verbleibenden Seiten dieses Abschnitts auf jüngere Diskussionen und Arbeiten aus der Europäischen Ethnologie und ihren Nachbardisziplinen zurückgreifen, um eine analytische Perspektive auf die Funktionslogiken und Verwendungskontexte des Nationalen in dieser Policy zu entwickeln. Ziel ist es, die Möglichkeiten einer »Feldforschung im Nationalen«⁵⁰ auszuloten, um hierdurch ein Fenster zur Untersuchung der Repräsentationstechniken und Positionierungen eines europäischen Nationalstaates auf globalen Bühnen zu öffnen.

Das Narrativ vom Nationalen: Soziale Imagination und historische Konstruktionsbedingungen

Die Betrachtung von Nationen oder Nationalkulturen als »historische Konstrukte« oder »soziale Imaginationen« hat sich innerhalb den Geschichts- und Kulturwissenschaften weitgehend als Konsens etabliert. So wurde vielfach herausgearbeitet, dass die Vorstellung von dem Übereinanderfallen von Territorium, Staat, Nation und Kultur – wie sie als ideale Grundlage für den europäischen Nationalstaat gedacht wird – eine verhältnismäßig junge politische Konstellation ist, die sich etwa seit dem späten 18. Jahrhundert in Europa allmählich gegenüber anderen politischen Organisationsformen durchgesetzt hat.⁵¹ Die zeitgenössische Nationalismusforschung betrachtet Nationen entsprechend nicht als ahistorische, (natur-)gegebene und klar voneinander abgegrenzte Einheiten, sondern nimmt eher eine *relationale und prozessuale Perspektive* ein, um die Entstehung und Entwicklung von nationalen Bewegungen und nationalstaatlichen Einheiten zu erklären: Die Durchsetzung des Nationalstaates als »politischer Normalfall« lässt sich demnach gerade aus dem Zusammenspiel und Ineinanderwirken konkurrierender nationaler Projekte verstehen. Die Vorstellung von der »eigenständigen und authentischen Nationalkultur« wurde hierbei zu einem zentralen Modus, um die Macht- und Ge-

50 | Saskia Sassen: Das Paradox des Nationalen, S. 9.

51 | Siehe hierzu beispielsweise: Benedict Anderson: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzeptes. Berlin 1988; Ernest Gellner: Nationalismus und Moderne. Berlin 1991; Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. München 1996; Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. München 2011 (Sonderausgabe, Erstaussage 2009).

staltungsansprüche einer jeweiligen nationalen Bewegung in Abgrenzung zu anderen zu legitimieren.⁵²

Kultur wurde somit im Zuge der europäischen Nationalstaatsbildungen zu einem der entscheidenden Felder, in dem die neuen nationalen Kollektive ihre Zusammengehörigkeit und »jene spezifische Form der (vorgestellten) Vertrautheit« konstruierten und erlebten: »Entscheidend ist dabei, dass die Identitätspolitik der nationalen Kultur selbstverständlich nicht ein bereits vorhandenes kulturelles Motiv aufnimmt, sondern dass das kulturelle Muster selbst erst Resultat der Suche nach ihm ist. Nationen werden nicht gefunden, sondern erfunden.«⁵³ Kulturelle Gemeinsamkeiten mussten demnach zunächst politisch erschaffen und repräsentierbar werden, indem Konfliktkonstellationen und Differenzen innerhalb eines Territoriums mittels der Vorstellung einer Nationalkultur »zu einer Identität vernäht«⁵⁴ wurden. Die Einebnung interner Unterschiede bedeutete dabei automatisch eine Abgrenzung von – sowie die Dramatisierung der Differenzen zu – anderen Nationalkulturen.

Stuart Hall spricht von einem »System kultureller Repräsentationen«⁵⁵, das sich in der Idee von der Nationalkultur konstituierte und das durch »eine Erzählung von der Nation« erfahrbar und mit dem Alltag der Menschen verwoben wurde:

»Es gibt eine Erzählung der Nation, die in Nationalgeschichten, in der Literatur, den Medien und der Alltagskultur immer wieder vorgetragen wird. Diese stellt einen Zusammenhang von Geschichten, Vorstellungen, Landschaften, Szenarien, geschichtlichen Ereignissen, nationalen Symbolen und Ritualen her, die die geteilten Erfahrungen und Sorgen, Triumphe und vernichtenden Niederlagen repräsentieren, die einer Nation Bedeutung verleihen.«⁵⁶

Hall verdeutlicht am Beispiel Englands, welche unterschiedlichen Motive in einem solchen Narrativ miteinander verknüpft werden:

52 | Siehe zur Anwendung einer relationalen Perspektive zur Analyse der Entstehung und Funktionsweisen von multi-nationalen Politikfeldern: Rogers Brubaker et al.: *Nationalist Politics and Everyday Ethnicity in a Transylvanian Town*. Princeton, Oxford 2006. Grundlegend für ein relationales Verständnis von Gruppenidentitäten in der Anthropologie: Fredrik Barth: Introduction. In: Ders. (Hrsg.): *Ethnic Groups and Boundaries. The Social Organization of Culture Difference*. Boston, Oslo et al. 1969, S. 9-38.

53 | Armin Nassehi: Das stahlharte Gehäuse der Zugehörigkeit. Unschärfen im Diskurs um die »multikulturelle Gesellschaft«. In: Ders. (Hrsg.): *Nation, Ethnie, Minderheit. Beiträge zur Aktualität ethnischer Konflikte*. Köln, Weimar, Wien 1997, S. 177-208.

54 | Stuart Hall: *Die Frage der kulturellen Identität*, S. 208.

55 | Ebd., S. 200.

56 | Ebd., S. 202; auch das folgende Zitat.

»Von Englands grünen und freundlichen Landen, seinen sanften hügeligen Landstrichen, rosenbestockten Cottages und Landhausgärten – Shakespeares ›königliche Insel‹ – bis zu öffentlichen Zeremonien wie dem Abnehmen der Fahnenparade und dem Poppy Day (Gedenktag des englischen Sieges im Ersten Weltkrieg) repräsentieren die Diskurse des ›Englischseins‹, was ›England‹ ist, geben der Identität, ›englisch‹ zu sein, eine Bedeutung und fixieren ›England‹ als Zentrum der Identifikation für englische (und anglophile) Herzen.«

Die Rede von »Imaginationen«, »Konstruktionen« oder »Narrativen« bedeutet dabei nicht, dass Nationalkulturen keine politischen oder sozialen Wirkungen entfalteten. Ganz im Gegenteil waren sie bereits in ihrer Entstehung an Felder politischer Auseinandersetzung geknüpft, in denen soziale Gruppen, Parteien oder Akteure sehr unterschiedliche Antworten auf die Frage, »was Nationalkultur sei« gegeben haben.⁵⁷ Durch die Diskussionen zur Etablierung und Abgrenzung einer Nationalkultur entwickelte sich – gerade innerhalb der Nationalbewegungen und der neu entstehenden Staaten in Mittel- und Osteuropa sowie später in den kolonialen Befreiungsbewegungen auch im globalen Rahmen – »ein symbolischer Raum [...] innerhalb dessen politische und/oder soziale Ziele gesetzt und eben realisiert werden konnten«. Seine Sicht von den Schlüsselbegriffen, Inhalten, Grenzen und historischen Bedingungen einer Nationalkultur durchzusetzen, bedeutete für einen politischen Akteur oder eine soziale Gruppe, ein wesentliches symbolisches Kapital zu erwerben, um an der Definition und Gestaltung der sozialen und politischen Gegenwart mitwirken zu können. Insofern sind in den Vorstellungen, Bildern und Narrativen, die sich innerhalb einer Nationalkultur durchsetzen, die Verläufe solcher Konflikte eingeschrieben: »Die Nationalkultur ist deshalb immer die symbolische Repräsentation sozialer Hegemonie und politischer Macht und kann nur im Kontext der Machtverhältnisse einer Gesellschaft interpretiert werden.«⁵⁸

Auch Stuart Hall weist darauf hin, dass Nationalkulturen immer auch »eine Struktur kultureller Macht« darstellten, die sich beispielsweise in der »gewaltsamen Unterdrückung kultureller Differenzen«, der Normierung von Lebensformen oder der Legitimierung kolonialer Machtausübung zeigte.⁵⁹

57 | Peter Niedermüller: Diskurs, Kultur, Politik. Zur Herausbildung der Nationalkultur in Ungarn. In: Beate Binder et al.: Inszenierungen des Nationalen, S. 167-185, S. 171; das folgende Zitat ebenda.

58 | Ebd., S. 173.

59 | Stuart Hall: Die Frage der kulturellen Identität, S. 205.

Inszenierungen des Nationalen: Bedeutungen und Verwendungskontexte des Nationalen in der europäischen Gegenwart

Die Vorstellung von nationalen Kulturen und Identitäten zeigt sich aber auch in der Gegenwart als eine wirkmächtige Bezugsgröße, die zur Begründung der symbolischen Ordnung einer Gesellschaft oder zur politischen Mobilisierung genutzt werden kann. Innerhalb der Europäischen Ethnologie wurde das »Nationale« als eine Kategorie entwickelt, die eine empirische und analytische Perspektive auf unterschiedliche Formen der Diskussion, Konstituierung oder Politisierung nationaler Symboliken, Identitätsmuster und Bewegungen in der europäischen Gegenwart eröffnet. Es wird dabei verstanden als ein »symbolischer Raum [...] aus sprachlichen Formen, aus Texten, Begriffen, Konzeptionen, aus kulturellem Wissen, symbolischen Handlungen und Aktionen [...], der jene Vertrautheit erzeugt, die wiederum die Basis nationaler Wir-Gefühle bildet.«⁶⁰ Als Ausgangspunkte für die Untersuchungen des Nationalen werden hier einerseits seine »symbolischen Dimensionen« und andererseits die politischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge, in denen es hergestellt und inszeniert wird, vorgeschlagen.

Die verstärkte Thematisierung des Nationalen, die sich in vielen europäischen Gesellschaften Ende des 20. Jahrhunderts beobachten ließ, wird in dieser Forschungsrichtung nicht als ein irrationales Festhalten an eigentlich überholten Bildern nationaler Selbstwahrnehmung oder als eine – mit Blick auf Osteuropa – »natürliche« Konsequenz des ideologischen Vakuums bzw. als Reaktion auf die vorangegangene sozialistische Zeit⁶¹ betrachtet. Solche gegenwärtigen Bezugnahmen werden stattdessen als »qualitativ neu« klassifiziert – das »Neue« liegt dabei weniger in den »Argumenten und Bildern selbst«, sondern in dem »Bedeutungs- und Verwendungskontext«⁶², in dem das Nationale positioniert und aktiviert wird. Diese neue Rolle und Funktion des Nationalen zeigt sich demnach insbesondere in dem Rückgriff auf Geschichte vor dem Hintergrund zunehmend heterogener Identitätskonstellationen in spätmodernen Gesellschaften. Fokussiert wird hierdurch das weite Feld von Geschichts- und Erinnerungspolitik, in denen zunehmend auch nicht-staatliche Akteure Bilder von der Vergangenheit und von kollektiven Identitäten produzieren, um gesellschaftliche Loyalitäten einzufordern. In den

60 | Beate Binder, Peter Niedermüller & Wolfgang Kaschuba: Inszenierungen des Nationalen – einige einleitende Bemerkungen, S. 8.

61 | Ebd., S. 7.

62 | Wolfgang Kaschuba: Geschichtspolitik und Identitätspolitik. Nationale und ethnische Diskurse im Kulturvergleich. In: Beate Binder et al. (Hrsg.): Inszenierungen des Nationalen, S. 19-42, S. 27.

Blick geraten somit etwa die medialen Thematisierungen und politischen Inszenierungen von Jahrestagen, Denkmälern und anderen Erinnerungsorten, in deren Rahmen die Vorstellung von der »Nation« als gewissermaßen gegebener Schicksals- und Erinnerungsgemeinschaft gleichzeitig reaktiviert und verfestigt wird.⁶³

Wolfgang Kaschuba betont – als weiteren qualitativ neuen Aspekt – die grundlegend gewandelte Beziehung zwischen »Kultur« und dem »Nationalen« in spätmodernen Gesellschaften: In der Phase der europäischen Nationalstaatsbildung sei Kultur insbesondere von staatlichen Akteuren als ein nationales Integrationsmedium genutzt worden, also als eine Ressource, um das Ideal von dem integrierten und homogenen Nationalstaat in die Realität umzusetzen. Heute hingegen habe sich dieses Verhältnis gewissermaßen umgedreht: Das Nationale zeige sich als ein »kulturelles Integrationskonzept«⁶⁴ – als eine »kulturelle Strategie«, die durch die unterschiedlichsten Akteure und Gruppierungen genutzt wird, um im Rahmen von gesellschaftlichen und politischen Diskursen »Wir-Bilder« zu positionieren und hierdurch auch Grenzlinien der Zugehörigkeit zu verlegen. Die Aktivierung und die Funktionslogik dieser Strategie lässt sich anhand von Debatten beobachten, in denen mit Geschichte, Herkunft oder Identität argumentiert wird und die sich etwa aus Anlass von Gedenkfeiern, Straßenumbenennungen oder Planungen von Denkmälern entzünden.

Die Wirkmächtigkeit und gesellschaftliche Plausibilität solcher kultureller Strategien ergeben sich aus ihrem Rückgriff auf etablierte Narrative, Symbole und ästhetische Formate, die sich auf das Nationale als Raum »kultureller Authentizität« beziehen:

»Nationale und ethnische Zuschreibungen [...] sind in der Lage, in wenigen Zeichen und Signalen komplexe gesellschaftliche Semantiken und Gruppenhorizonte aufzurufen und zu mobilisieren. Dies kann nur gelingen, weil sie an historisch eingeübten, kollektiv verfügbaren und zugleich aktuell gültigen Denkweisen und Symbolen des Nationalen anknüpfen.«⁶⁵

Das Nationale wird also aufgrund etablierter kultureller Codierungen gesellschaftlich als authentisch verstanden und ist daher in den unterschiedlichsten politischen Kontexten und Debatten *anschlussfähig* – gerade auch, da es sich

63 | Siehe hierzu insbesondere: Wolfgang Kaschuba: Geschichtspolitik und Identitätspolitik; Beate Binder: 50. Wiederkehr des Kriegsendes: Zur Konstruktion der Gedenklandschaft Berlin. In: Beate Binder et al.: Inszenierungen des Nationalen, S. 285-308; Margit Feischmidt: Symbolische Kämpfe der Nationalisierung. In: Ebd., S. 263-284.

64 | Wolfgang Kaschuba: Geschichtspolitik und Identitätspolitik, S. 20.

65 | Ebd., S. 23.

offenbar besonders gut von einer Ebene des Sprechens in solche Praxen, Ereignisse und Rituale übersetzen lässt, die Menschen zu mobilisieren vermögen.

Solche innergesellschaftlichen *Authentisierungsstrategien* wirken dabei immer auch als Inklusions- und Exklusionsmechanismen und genau hieraus ergibt sich ihre Problematik in zunehmend heterogenen Gesellschaften, in denen die unterschiedlichsten biografischen Erfahrungen, Erinnerungen und Gruppendächtnisse aufeinander treffen. Entsprechend bemerkt Wolfgang Kaschuba im Hinblick auf die kontinuierlichen medialen und politischen Reproduktionen der deutschen Nation als Erinnerungs- und Gedächtnisgemeinschaft:

»Man mag sich dabei fragen, wie andere, Zugewanderte und Eingeherrtete, überhaupt Zugang in diese nationale deutsche Diskursgemeinschaft finden sollen, die durch den Konsens des ›Gedenkens‹ und die Kontroversen des ›Gedächtnisses‹ so fest zusammengehalten wird. Wahrscheinlich überhaupt nicht, weil der Modus, nach dem der Erinnerungsdiskurs geregelt und ritualisiert ist, dies systematisch verhindert.«⁶⁶

Dieser Ansatz für eine ethnologisch ausgerichtete Nationalismusforschung betrachtet das Nationale somit nicht nur als einen »symbolischen Raum«, sondern etabliert es auch als eine analytische Kategorie, welche anhand der Untersuchung von strategischen Bezugnahmen auf historisch gesättigte Bilder, Narrative und Identitätsmuster den Zugriff auf gegenwärtige politische Diskurse, Handlungslogiken und Machtfelder ermöglicht. Gedenkfeiern, Erinnerungsrituale oder Geschichtsdebatten werden als ethnografische Felder betrachtet, an denen sich das Ineinanderwirken von nationalen Argumentationslogiken und politischen Mobilisierungen, von »Diskurs« und »Praxis« untersuchen lässt. Das übergeordnete Ziel ist es, hierdurch die grundlegenden Funktionsweisen, Konstruktionsprinzipien und kulturellen Logiken herauszuarbeiten, »durch die mittels des Diskurses des Nationalen Wirklichkeit machtvoll strukturiert wird.«⁶⁷

Die Beiträge des Sammelbandes *Inszenierungen des Nationalen* konzentrieren sich dabei auf aktuelle innergesellschaftliche Konstellationen in europäischen Staaten. Die Frage, was mit dem Nationalen passiert, wenn es globale Bühnen betritt und hier in Verbindung mit – oder auch in Konkurrenz zu – anderen Narrativen und Identitätskonzepten tritt, wurde hier hingegen kaum berücksichtigt.

66 | Ebd., S. 38.

67 | Beate Binder, Peter Niedermüller & Wolfgang Kaschuba: *Inszenierungen des Nationalen*, S. 8.

Das Nationale auf globalen Bühnen: Brüche, Transformationen, Assemblagen

Diese Frage ist dabei zur Untersuchung der nationalstaatlich initiierten Auswärtigen Kulturpolitik von zentraler Relevanz. Schließlich ist es ihr erklärtes Ziel, sich mit Bildern und einem Narrativ vom Nationalen in globale Dynamiken einzuschalten, die sich in einer zunehmend unübersichtlichen Weltordnung widerspiegeln: Das Auswärtige Amt selbst verweist auf neue kulturelle Gravitationszentren, Identitätskonstellationen und Konfliktlinien als veränderte Rahmenbedingungen, in denen Wirkung erzielt werden soll.⁶⁸

Auswärtige Kulturpolitik setzt somit das »Nationale« und das »Globale« zueinander in Beziehung und wird daher gerade auch vor dem Hintergrund aktueller sozial- und kulturwissenschaftlicher Debatten zu Globalisierungsprozessen zu einem interessanten Feld. »Globalisierung« verweist hierbei grundsätzlich auf ein Bündel von Prozessen wachsender Interdependenzen vormals souverän gedachter staatlicher Einheiten, beschleunigter Mobilitäten von Personen, Gütern, Bildern und Kapitalien und der zunehmenden Bedeutung global wirksamer Wissensbestände sowie rechtlicher und politischer Regulierungssysteme. Die Frage nach der Zukunft des Nationalstaates, seiner Souveränität und politischen Gestaltungsmacht spielt in diesen Debatten eine herausgehobene, sogar strukturierende Rolle. Insbesondere in den 1990er Jahren überwogen Stimmen, die aufgrund der globalen ökonomischen und politischen Dynamiken den »Niedergang des alten Nationalstaates als eines funktionsfähigen politischen Gebildes« erwarteten: »Nationen und Nationalismus wird es auch in Zukunft geben, aber in der Geschichte werden sie von untergeordneter und vielfach sehr geringer Bedeutung sein«, schrieb etwa Eric Hobsbawm zu Beginn des Jahrzehnts und sagte die Entstehung eines neuen, multilateralen internationalen Systems voraus, dessen Hauptakteure »weit größere Gebilde« als Nationalstaaten sein werden.⁶⁹ Zygmunt Bauman sprach einige Jahre später vom »allmählichen Verschwinden des Staates« und damit auch des Rahmens, in dem soziale Fragen zu politischen Handlungen geformt werden können. In Konfrontation mit dem global mobilen, extraterritorialen und daher unkontrollierbaren Kapital verliere der Staat zunehmend seine ökonomische, militärische und kulturelle Selbständigkeit und somit seine politische Souveränität.⁷⁰ Jürgen Habermas wiederum rief zum verstärkten Aufbau von supranationalen Institutionen und grenzüberschreitenden Öffentlichkei-

68 | Siehe hierzu etwa: Auswärtiges Amt: Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000. Berlin 2000.

69 | Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus, S. 211 und S. 220.

70 | Zygmunt Bauman: After the Nation State – What? In: Ders.: Globalization. The Human Consequences. Cambridge 1998, S. 55-76, S. 64 und S. 69.

ten auf, um den rapiden Verlust politischer Gestaltungsmacht der Nationalstaaten auf einer höheren Ebene auszugleichen und somit Grundlagen für eine notwendige »transnationale Weltinnenpolitik« zu schaffen.⁷¹

Im Hinblick auf das kulturelle Selbstverständnis von Nationalstaaten haben zeitgleich Kulturanthropologen wie etwa Ulf Hannerz oder Arjun Appadurai begonnen, die Konsequenzen der Globalisierung zu diskutieren und ein Vokabular zu entwickeln, um zunehmend grenzüberschreitende kulturelle Formationen zu untersuchen.⁷² So hat Appadurai aufgezeigt, wie gerade aus dem Zusammenspiel von transnationalen Migrationen und global mobilen Bildern ein neues Potenzial für menschliche Vorstellungskraft als einer wirkmächtigen sozialen Praxis entsteht: Demnach können Individuen nunmehr weltweit auf medial verbreitete Bilder, Narrative und Idealvorstellungen von möglichen Leben zurückgreifen, um sich selbst kulturell zu verorten. Identitäten und transnationale Beziehungsgeflechte entstehen zunehmend im Rahmen solcher globaler Zirkulationen ohne durch Örtlichkeit oder räumliche Bindung nachhaltig begrenzt zu werden. Der Nationalstaat verliert demnach mehr und mehr sein Vermögen, Gruppenzugehörigkeiten und kulturelles Selbstverständnis zu strukturieren. Für eine wissenschaftliche Analyse ergibt sich hieraus die Herausforderung, kulturelle Formen der Gegenwart nicht länger nationalstaatlich geordnet sondern »fraktal« zu denken – also sich transnational überlappend, ohne klare Grenzen, Regeln und räumliche Strukturen.⁷³

Auch Appadurai kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Epoche des Nationalstaates ihrem Ende entgegengeht. Die »terminal crisis« des Nationalstaates⁷⁴ verweist dabei auf die Krise des internationalen Staatensystems, das immer weniger in der Lage ist, mit den grenzüberschreitenden Fließmustern, welche die kulturelle Dynamik der Gegenwart ausmachen, umzugehen. Neben dieser alten Ordnung prinzipiell gleichwertiger staatlicher Einheiten werden zunehmend die Konturen eines neuen globalen Systems heterogener Formationen erkennbar, das sich aus so diversen, räumlich flexibleren und von staatlichen Vorgaben unabhängigeren Akteuren wie sozialen Bewegungen, Diaspora-Öffentlichkeiten, Interessensverbänden, Nichtregierungsorganisationen,

71 | Jürgen Habermas: Jenseits des Nationalstaates? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Ulrich Beck (Hrsg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt 1998, S. 67-84, S. 78.

72 | Arjun Appadurai: *Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis 1996. Ulf Hannerz: *Transnational Connections. Culture, people, places*. London, New York 1996.

73 | Arjun Appadurai: Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy. In: Ders.: *Modernity at Large*, S. 27-47, S. 46.

74 | Arjun Appadurai: *Here and Now*. In: Ders.: *Modernity at Large*, S. 1-23, S. 19.

bewaffneten Gruppen oder Organen der Rechtsprechung zusammensetzt.⁷⁵ Die Krise und Brüche des Nationalstaates zeigen sich demnach eben dort, wo sich die Dynamiken und globalen Verknüpfungen dieser heterogenen Einheiten nicht mehr durch staatliche Logiken und Regulierungen beherrschen lassen: Moderne Nationalstaaten wissen, dass sie zum alten System gehören »und dass sie darin wie die letzten Dinosaurier um ihr Überleben kämpfen«.⁷⁶

Saskia Sassen betont im Vergleich hierzu stärker die vielfältigen Verknüpfungen, die das Nationale und das Globale miteinander eingehen und versucht somit eine dichotomische Perspektive, die beides zueinander in Opposition setzt, zu überwinden.⁷⁷ Globalisierung führt demnach nicht einfach zum Bedeutungsverlust des Nationalstaates, sondern sie findet im großen Umfang gerade im Nationalen statt. So stellt Sassen einerseits heraus, dass Nationalstaaten aktiv an der Gestaltung der Globalisierung beteiligt sind, indem sie etwa Politiken der Deregulierung und Privatisierung initiieren oder zunehmend Kompetenzen und Autorität an nicht-staatliche Akteure übertragen. Andererseits zeigt sie auf, dass sich Teilbereiche des Nationalstaates – beispielsweise einzelne Ministerien, Regulierungsbehörden oder Organe der Rechtsprechung – mit supranationalen, privatwirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren zu neuartigen Assemblagen verknüpfen. Solche grenzüberschreitenden Gefüge entwickeln etwa im Bereich der globalen Finanzwirtschaft, der Regulierung von Umweltrisiken oder der Durchsetzung von Menschenrechten eine Gestaltungsmacht, die sich nicht mehr durch eine nationalstaatliche Logik dominieren lässt. Sassen unterscheidet entsprechend zwischen der nationalstaatlichen Epoche, in der internationale Felder der Ökonomie, der Politik, der Rechtsprechung oder Kultur durch die *zentripetale* Logik der Staaten geordnet wurden und der gegenwärtigen globalen Epoche, in der eine Vielzahl von Assemblagen und Akteurskonstellationen nach jeweils eigenen Logiken nebeneinander operieren.⁷⁸ Nationalstaaten agieren demnach in einer »neuen Geographie der Macht«, in der *zentrifugale* Tendenzen vorherrschen und die deutlich vielfältiger ist als das herkömmliche internationale Staatensystem.⁷⁹ In der Konsequenz erwartet Sassen nicht einfach das »Verschwinden des Nationalstaates als einer wichtigen Form«, sondern betrachtet ihn stattdessen als

75 | Ebd., S. 23. Siehe hierzu auch die Weiterentwicklung dieses Gedankens in: Arjun Appadurai: *Die Geographie des Zorns*. Frankfurt 2009, S. 35ff.

76 | Arjun Appadurai: *Die Geographie des Zorns*, S. 35.

77 | Saskia Sassen: *Das Paradox des Nationalen*; Saskia Sassen: *The global inside the national. A research agenda for sociology*. Veröffentlicht auf: *Sociopedia.isa* 2010,1, S. 3-10.

78 | Saskia Sassen: *Das Paradox des Nationalen*, S. 676ff.

79 | Ebd., S. 256.

einen »Schauplatz fundamentaler Transformationen«, der als »ein tiefgreifend gewandeltes Gebilde« erhalten bleiben wird.⁸⁰

Hierdurch lenkt sie den Blick auf die nicht geradlinig verlaufenden Neu-Konfigurierungen des Nationalen im Rahmen dieser Prozesse: Demnach können gewisse Teilbereiche des Nationalen eine *Entnationalisierung* erfahren, wenn etwa nationale Rechts- und Wirtschaftsordnungen oder Kompetenzverteilungen im Zusammenspiel mit globalen Akteuren oder Regelungssystemen von innen heraus verändert werden. Andere Bereiche – etwa politische Rhetoriken oder die Regulierung von Zugehörigkeit – können hingegen als Reaktion auf Globalisierungsdynamiken temporär *renationalisiert* werden.

Globalisierung findet demnach im Nationalen statt und verändert die Machtverteilungen, Handlungslogiken sowie das Selbstverständnis einzelner Akteure im Inneren des Nationalstaates grundlegend. Im Anschluss lässt sich vermuten, dass auch Vorstellungen von nationaler Identität und Kultur durch ihre Konfrontation mit globalen Prozessen nicht einfach an Bedeutung verlieren oder verschwinden, sondern stattdessen in ihrem Inneren grundlegend transformiert werden.

Perspektivierung: Transformationen des Nationalen in den Praxis- und Übersetzungsfeldern Auswärtiger Kulturpolitik

Saskia Sassens Vorschlag »Feldforschungen im Nationalen«⁸¹ zu betreiben – auch um hier den »Ursprung des Globalen«⁸² zu untersuchen – eröffnet für die Erforschung Auswärtiger Kulturpolitik interessante Perspektiven. Ich habe in diesem Abschnitt zumindest zwei Spannungen identifiziert, die sich aus den Präsenzen und Aktivierungen von Grundfiguren des Nationalen in diesem Politikbereich ergeben: zum einen die Frage nach den Sprechweisen, Arbeitstechniken und Projektformaten, durch die sich trotz wirkmächtiger Tendenzen zur Dezentrierung des Nationalen ein kohärentes Narrativ zur kulturellen Selbstdarstellung herstellen lässt; zum anderen den Zweifel an den konfliktpräventiven Potenzialen einer Auswärtigen Kulturpolitik, die so deutlich an Grundfiguren des Nationalen festhält. Beide Spannungen lassen sich im Rückgriff auf Sassens Überlegungen neu perspektivieren. So gerät einerseits in den Blick, ob und in welchen konkreten Ausformungen Schlüsselbestände des Nationalen im Rahmen dieser Policy nicht einfach reproduziert, sondern von innen heraus neu konfiguriert werden: Zeigen sich vielleicht Tendenzen zu einer Denationalisierung und kosmopolitischen Öffnung ihrer Kernbegriffe? Oder werden hier – allen gegenläufigen Tendenzen zum Trotz – Bilder von kulturellen

80 | Ebd., S. 680.

81 | Ebd., S. 9.

82 | Ebd., S. 7.

Grenzen und Differenzen, vom »historischen Erbe« und der »nationalen Spezifik« rezentriert? Andererseits lässt sich untersuchen, ob die Orientierung an Grundfiguren des Nationalen tatsächlich einer produktiven Bearbeitung von Konfliktkonstellationen im Wege steht oder ob die Mobilisierung eines entsprechend transformierten Narrativs nicht eher zu neuartigen Konstellationen und Assemblagen führt: Eignet sich eine flexibilisierte oder kosmopolitisierte Version des Nationalen vielleicht besonders gut, um auf globalen Bühnen Positionen zu beziehen und Wirkung zu entfalten?

In den folgenden Kapiteln werde ich diese Frage anhand von Konferenzen und Tagungen des Politikbereichs in Berlin sowie anhand der translokalen Praxis- und Übersetzungsfelder Auswärtiger Kulturpolitik in Ramallah, Sarajevo und Tel Aviv diskutieren. Ich greife hierzu auf die diskutierten europäisch-ethnologischen Beiträge zurück, indem ich die Mobilisierung von Grundfiguren des Nationalen als Bestandteile von kulturpolitischen Strategien untersuche – Strategien, die in diesen Kontexten erarbeitet werden, nicht um in innergesellschaftlichen Debatten Loyalitäten einzufordern, sondern um auf globalen Bühnen und in translokalen Kontaktzonen *Anschlüsse, Präsenzen und Effekte* zu erzielen. Ich orientiere mich hierbei zugleich an Harveys Begriff »Technologie des Nationalen«, indem ich gerade das Zusammenwirken von *diskursiven, infrastrukturellen und organisatorischen Formaten* als eine zentrale Rahmenbedingung für die Entwicklung solcher Repräsentationsweisen sowie insgesamt für die Wissens- und Übersetzungsarbeit, die in diesem Politikbereich vonstattengeht, untersuche.

